

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mk., für das übrige Russlands 2 Mk. 50 Pf. Einleger in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfzehnpaltige Zeitschrift oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1308. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Mittwoch, den 28. November 1894. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Innerepolitik und Kriminalstatistik.

Man kann die Bestrebungen unserer Agrarier durch die Ergebnisse der deutschen Kriminalstatistik beleuchten. In diesem Punkte gewinnen dieselben aber nicht, nein, die Politik der Brotvertheurer erscheint dann nur noch volks- und kulturfeindlicher.

Dass das Steigen der Getreidepreise die Vermehrung der Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum zur Folge hat, ist eine Thatsache, die von niemandem bestritten werden kann, die sich aber trotzdem empfiehlt, den Schutzpolitikern öfters ins Gedächtnis gerufen zu werden.

Und heute ist dies vielleicht wieder einmal sehr angezeigt. Die Nachfolger der Caprivi und Heyden scheinen theils aus Ueberzeugung, theils zur Sicherung einer Parlamentsmajorität, welche Rautschulparagraphe für die Bekämpfung des „Ansturzes“ und drückende Steuergesetze apporirt, den Konservativen Zugeständnisse machen zu wollen. Diese Zugeständnisse werden aber nur dann unsere Großgrundbesitzer voll befriedigen, wenn dieselben eine Erhöhung der Getreide- und damit der Mehl- und Brotpreise bezwecken.

Die Agrarier haben es oft und laut genug verkündet, daß sie nicht früher ruhen werden, bis der Preis des Getreides so hoch ist, daß sie die deutsche Landwirtschaft für lohnend halten. Daß dies jetzt nicht der Fall ist, beweist ein Blick in die agrarische Presse, derselbe beweist aber auch, daß die Agrarier nun hoffnungsvoll in die Zukunft sehen, daß heißt, daß sie hoffen dem deutschen Volke das Brot bald wieder gehörig vertheuern zu können.

Bei diesen Hoffnungen dürfte kaum bloß der Wunsch der Vater des Gedankens sein, die Ernennung des dem Bunde der Landwirthe so genehmen Herrn v. Hammerstein-Loxten zum preussischen Landwirtschaftsminister spricht gegen diese Vermuthung. Wir müssen deshalb mit den volksfeindlichen Plänen der Brotvertheurer ernstlicher als seit langem wieder rechnen.

Deshalb ist es von aktuellem Interesse zu zeigen, wie tief eine Erhöhung der Getreidepreise in das Volksleben eingreift, daß es nicht bloß die Ernährung und somit das körperliche Befinden der minder bemittelten Volksklassen tiefgehend beeinflusst, sondern sogar die Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum in der schwersten Weise mit beeinflusst. Wir sind hierbei in der Lage, uns auf eine Abhandlung*) eines königl. preussischen ersten Staatsanwalts, somit eines selbst für den Bund der Landwirthe einwandfreien Heugen zu berufen. Derselbe schreibt (a. a. O. S. 718 ff.):

*) Die Ergebnisse der deutschen Kriminalstatistik 1882-1892 von G. Lindenberg, ersten Staatsanwalt in Ratibor, in Conrad u. Eilfers Jahrbüchern der Nationalökonomie und Statistik. 8. Folge. Achter Band. Jena 1894.

In der Zeit von 1882 bis 1892 sind die Zahlen der größten Deliktgruppe, der Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum, von 169 334 auf 196 437 gestiegen. Dies macht 16 pCt. aus und erscheint gegenüber dem Anwachsen der Bevölkerung, das mehr den 12 pCt. beträgt, nicht so sehr erheblich. Es ist indes zu bemerken, daß es sich um große absolute Zahlen handelt, welche sich von 1882 bis 1888 (mit nur 152 852 Verurtheilten) in absteigender Richtung bewegen und daß von da ab ein rapides Anwachsen eintritt, so daß wir im Jahre 1890 den Zahlen des Ausgangsjahres schon recht nahe stehen und den in 6 Jahren errungenen Vortheil einbüßen. Nun folgt 1891 eine Vermehrung gegen das Vorjahr um 9728 Verurtheilte und das Jahr 1892 bringt im Vergleiche mit 1891 eine Vermehrung um 18 602 Verurtheilte. Also gegen das Vorjahr 10,46 pCt., gegen das beste Jahr 1888 29 pCt. Verschlimmerung. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß Faktoren, die unabhängig sind von Religion, Sitte, Treue und Glauben, die statistischen Zahlen beeinflussen, so wäre dieser Beweis jetzt geführt. Denn niemand wird im Ernst behaupten wollen, daß in der Volksseele sich die Achtung fremden Eigentums von 1882 bis 1888 so vermehrt und von 1888 bis 1892 so vermindert haben sollte, wie die Zahlen es ergeben. . . . In Wahrheit liegt die treibende oder hemmende Kraft hinsichtlich der Eigentumsdelikte in den wirtschaftlichen Verhältnissen der niederen Volksschichten. Der Magen spielt dabei die Hauptrolle. Wir haben zum Erweise dieser nicht neuen Behauptung eine

Uebersicht über Steigen und Sinken der Eigentumsdelikte im allgemeinen, des einfachen Diebstahls und des in § 289 des Strafgesetzbuchs bedrohten strafbaren Eigenmehrs im besondern, ferner der Preise des Roggenmehls und der Speisefertigwaren aufgestellt. Das Delikt gegen § 289 Strafgesetzbuchs haben wir gewählt, weil es mehr als jedes andere die wirtschaftliche Noth, namentlich in den Städten, zum Ausdruck bringt. Die typische Form dieses Delikts ist die Wegschaffung der Möbel des Miethers, an welchen dem Vermiether ein Zurückbehaltungsrecht zusteht. Wer seine Miethe bezahlen kann, wird schwerlich zu dieser geschwidrigen Handlung schreiten, welche ja nie verborgen bleibt, und wenn noch nachträglich der Wirth befriedigt wird, stellt er kaum Strafantrag. Das Roggenmehl und die Kartoffeln sind die unentbehrlichsten Nahrungsmittel des kleinen Mannes. Daß eine Mißernte an Kartoffeln die ländliche Kriminalität ungemein steigert, beruht auf Erfahrung. Bei der Durchsicht der folgenden Tabelle wolle man beachten, daß das Steigen und Sinken der Preise auf die Höhe der Kriminalität erst im folgenden Jahre einwirkt, zumal die Strathaten zum größten Theil in dem Kalenderjahre begangen werden, welches dem der Aburtheilung vorausgeht.

Man sieht, daß, wenn in einem Jahre die Roggenmehl- und Kartoffelpreise gleichzeitig steigen (1888, 1891) die Kriminalität im folgenden Jahre (1889, 1892) ganz erheblich emporgeht, während eine Bertheuerung des Roggens bei niedrigen Kartoffelpreisen (1889) auf das folgende Jahr minder einwirkt, sogar ein Herabgehen der einfachen Diebstahle nicht hindern kann.

Jahr	Verbrechen, Vergehen gegen das Vermögen		Einfacher Diebstahl § 242 St. G. B.		Strafbarer Eigenmehrs § 289 St. G. B.		Roggenmehl*) Berlin 100 Kilogr.		Kartoffeln*) 1000 Kilogr. Berlin	
	Verurtheilt	% zum Vorjahre	Verurtheilt	% zum Vorjahre	Verurtheilt	% zum Vorjahre	Preis	% zum Vorjahre	Preis	% zum Vorjahre
1883	164 590	—	76 929	—	1461	—	20,4	—	55,7	—
1884	162 898	- 1,03	74 293	- 3,48	1450	- 0,75	19,6	- 3,9	39,3	- 29,4
1885	157 275	- 3,45	69 241	- 6,8	1214	- 16,3	19,3	- 1,5	32,2	- 18,0
1886	156 930	- 0,22	68 479	- 1,1	1239	+ 2,06	17,9	- 7,2	29,9	- 7,1
1887	154 745	- 1,39	65 297	- 4,85	1233	- 0,49	17,1	- 4,4	33,3	+ 11,0
1888	132 652	- 1,38	65 080	- 0,36	1345	+ 9,1	18,8	+ 10,0	37,9	+ 13,8
1889	165 621	+ 8,49	71 881	+ 10,48	1410	+ 4,8	21,8	+ 16,0	33,8	- 10,8
1890	168 107	+ 1,5	70 945	- 0,13	1507	+ 6,4	23,4	+ 7,3	36,4	+ 8,3
1891	177 835	+ 5,79	75 256	+ 6,09	2150	+ 42,6	29,1	+ 24,3	63,8	+ 75,3
1892	196 437	+ 10,46	82 751	+ 9,96	3137	+ 45,9	24,6	- 17,4	54,7	- 14,3

*) Preise nach amtlichen Notirungen. Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, S. 120 f.

Diese Zahlen zeigen, wie rücksichtslos der Egoismus unserer Hochschulzölnner ist, wie frivol und niederträchtig ihre Politik ist, wie groß die Verantwortung der Regierung bei der Unterfützung der Bestrebungen der Agrarier ist. Wer die Regierung aufs schärfste verurtheilen will, ist der, welcher ihr zumuthet, im Interesse einer Handvoll Agrarier das Brot noch mehr zu vertheuern, und damit die Gefängnisse noch mehr zu füllen und Tausende von Familien ins Elend zu bringen.

Wir wissen, daß Hunderttausende in Deutschland eine die Wünsche der Agrarier fördernde Politik der Regierung zutrauen.

Ihre Volksfeindlichkeit erscheint damit im hellsten Lichte.

Diese Regierung kämpft trotz der so laut sprechenden Zahlen der Kriminalstatistik für Religion, Sitte und Ordnung.

Feuilleton.

Am Exil.

[Nachdruck verboten.] 13

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Er umarmte Frau Roveray würdevoll, nahm den beiden Kindern gegenüber Protektormiene an, ehrte Herrn und Frau Messant durch einen kühlen, kurzen Gruß von der erhabenen Höhe seines Hauptes und sagte, indem er eine Hand, auf die Schulter René's, der sich leicht verneigte, legte, mit der ritterlichen Herablassung eines Königs, der zu den Menschen hinabsteigt: Wissen Sie, junger Mann, daß ich Artikel von Ihnen gelesen habe, die durchaus nicht schlecht waren? Sie machen vielleicht hier und da noch zu große Sprünge. Sie schreiben zu französisch! Aber das läßt sich ja corrigieren. Und wenn Sie sich führen lassen wollen, kann man vielleicht noch etwas aus Ihnen machen. René verzog das Gesicht zu einem süßäuerlichen Lächeln. Herr Marnand fuhr fort. Er plauderte nicht mehr: er hielt eine feierliche Rede.

Sie scheinen Phantasie zu besitzen. Sie können uns Novellen schreiben, aber ohne romantische Abenteuer und exaltirte Leidenschaften und soviel wie möglich ohne Liebe. Warum bringen Ihre Landsleute nur überall Liebesgeschichten an? Als wenn die Liebe so etwas besonders Interessantes wäre! Was ich liebe, das ist eine vernünftige Literatur, die niemanden aufregt, die vielmehr beruhigt,

die Tugend und Frömmigkeit lehrt, die alle achtungswerthen Ueberzeugungen ehrt, die sich nicht darauf versteht, den guten Leuten unseres Landes die Sitten der großen Städte und allerlei gefährliche Neuheiten zu entführen, von denen unsere Väter nichts gewußt haben. Ach, mein Herr, das Unrecht, das in Frankreich die überspannten Romane von Viktor Hugo und der Georges Sand angerichtet haben — möge Gott uns vor ähnlichen Werken bewahren! Diese Romanschreiber haben das unglückliche Volk jenseits des Jura, das diese ungesunde Kost verschlingt, nachgerade genug korrumpirt und verdammt!

Indem Herr von Marnand dies würdevoll nasehnend sagte, hob er die Arme zum Himmel empor. Der alte Messant konnte eine heftige Bewegung, einen dumpfen Ausruf nicht unterdrücken. René, der viel ruhiger war, weil er von der vor ihm stehenden Persönlichkeit nichts Besseres erwartete hatte, benuzte den Seufzer, der in diese Tirade eine Pause brachte, um aus dem Monolog einen Dialog zu machen.

Wenn ich Sie recht verstehe, mein Herr, sagte er kalt und ironisch, so lieben Sie Novellen, die weder die Liebe, noch die Leidenschaft, weder die Politik, noch die Religion, weder die Sittenzustände, noch neue Ideen berühren. Aber fürchten Sie da nicht, eine fast- und kraftlose Literatur, Geschichten für Mädchenpensionate, verkappte Traktätschen ins Leben zu rufen? Sie werden mir gestatten, daß nach meiner Ansicht die Werke von George Sand und Viktor Hugo für das Volk einen weit höheren Werth haben als solche beruhigenden Tränkchen.

Herr von Marnand wurde roth und runzelte die Brauen. Als Potental verabscheute er den Widerspruch. Er fürchtete aber zugleich den Spott, wie der aufgeblasene Ballon die Nadelstiche. Sofort ergriff er wieder das Wort mit der ganzen vernichtenden Sicherheit eines Pedanten, der einen Schulbuben abkanzelt:

Es thut mir leid, mein Herr, daß ich Ihr Nationalgefühl verletzt habe. Ich entschuldige dasselbe, ohne daß es jedoch Mäße. Allein wie können Sie an dem unsittlichen und direkt auf den Ansturz abzielenden Charakter des französischen Romans auch nur zweifeln? Es ist unmöglich, mein Herr, daß ein ehrlicher und gewissenhafter Mann darüber anders denkt als ich. Was hat Ihr Viktor Hugo denn, als er „die Elenden“ schrieb, als er seine Helden aus dem Bagno holte, als er seine Leser unter Menschen führte, die nur Patois (Dialekt) sprechen, anders gethan, als daß er die Auflehnung der Lumpenproletarier gegen Gerechtigkeit und Autorität verherrlichte! Und Georges Sand mit ihren sozialistischen Romanen! Beugnen Sie es, mein Herr, daß sie die schlimmsten Leidenschaften entfesselt, die Unzufriedenen aufgereizt, die Grundvesten der sozialen Ordnung erschüttert hat? Gott allein vermag zu wissen, welche schreckliche Verantwortung an den inneren Wirren und Unruben Frankreichs auf diese Schriftsteller fällt!

Herr von Marnand machte eine Pause, um seine Beredsamkeit wirken zu lassen. Frau Roveray bewunderte seine Rede von ganzem Herzen und nickte beifällig mit dem Kopfe. Frau Messant, beunruhigt durch die Wendung,

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

Zur Entgegnung.

Unter der Stichmarke „Bebel's Fahnenerhebung“ hat Vollmar in vier Artikeln auf meine Rede vom 14. November geantwortet. Wer erwartete, daß Vollmar sich mit mir über meine Urtheile und Angriffe sachgemäß auseinandersetzen würde, hat sich getäuscht. Die vier Artikel bilden eine ununterbrochene Kette von persönlichen Angriffen gegen mich, die in dem Maße gipfeln:

„Daß die Beweggründe von Bebel's Auftreten in seiner verlehten Eigenliebe und unzugänglichen Rechthaberei und Selbstherrlichkeit zu suchen sind, die ihn — den Führer einer demokratischen Partei — seine Person haben über das öffentlichlichste Partei-Interesse stellen lassen, zum Vergerniß und Schaden der Sozialdemokratie und nur den Gegnern zur Freude und zum Nutzen.“

Von diesem denkbar niedrigsten Gesichtspunkte ausgehend, betrachtet Vollmar meine Rede als ein „Pronunciamento“, eine „Auslösung“, eine „Fahnenerhebung“ gegen die Partei. „Als eine schwere Verletzung der Disziplin“, die man „um so schärfer zurückweisen müsse, als durch meine Rede die Fackel der Zwietracht in die Partei geschleudert worden sei, angesichts der Gegner, die alle Kräfte zu einem neuen Kriegszuge gegen uns vereinigten.“

Des weiteren wird mir das gleiche Vorgehen wie seiner Zeit den Unabhängigen vorgeworfen, deren Verhalten ich auf das entschiedenste belächelt, und werden entsprechende Zitate aus meinen Reden beigebracht, die dieses beweisen sollen. Auch habe ich die Beschlüsse des Parteitages mißachtet — ohne daß für diese lächerliche Anklage auch nur der geringste Beweis beizubringen versucht wird — und den „allem demokratischen Gefühl ins Gesicht schlagenden Versuch gemacht, die auf den Frieden gerichtete Absicht des Parteitages zu vereiteln, um meinen Willen gegen den Parteitag zu erzwingen, kurz, die Partei zu verewaltigen.“

Im letzten Artikel wird mir vorgeworfen, daß meine Ausführungen gegen Vollmar von einem „förmlichen Haß“, der „in abstoßender Weise“ zu Tage treten soll, diktiert seien. Auch wird mir ein kräftiges, von tiefster sittlicher Entrüstung eingeleitetes „Pöhl“ gegerufen, das ich bei Vollmar besonders hoch schätze, weil ich weiß, wie er sonst über sittliche Entrüstung, zu spotten pflegt. Und dieses „Pöhl“ entströmte seiner Feder, weil ich das Kardinalverbrechen beging, auf die beleidigenden Provokationen Grillenberger's mit Ausführung der Thatsachen zu antworten, um ihm das Unberechtigte und Ungehörige seiner Anklagen zu beweisen. Und zwar mit Thatsachen zu beweisen, die fast sämtlich durch die Parteitagberichte der Parteileitung den Parteigenossen bekannt geworden sind und nur Grillenberger gegenüber einer Auffrischung bedürften. Ich soll dabei auch in der Rolle des „Propheten“ aufgetreten sein, was mir um so unverständlicher ist, da jenes nach Bayern geflossene Geld nicht aus meiner Tasche, sondern aus der Parteilasse kam.

Was von mir durch Ausführung der Thatsachen bewiesen werden sollte, war, daß die Grillenberger'sche Anklage, Bayern sei materiell von der Parteileitung zurückgekehrt worden, unwahr ist, und daß die Parteileitung, wie die angeführten Thatsachen zeigen, niemals Antipathie gegen die bayerischen Genossen bewiesen habe.

Des weiteren wird von Vollmar, indem er in der einen Stelle seines letzten Artikels sich wieder voll sittlicher Entrüstung gegen die Anklage des Partikularismus verwahrt, in der anderen um so kräftiger an den Partikularismus der bayerischen Genossen appelliert und derselbe zur hellsten Flamme gegen mich angeblasen. Eine Demagogie schlimmer Art. Schließlich wird sogar eine Drohung gegen mich ausgesprochen, die mich beschränkt läßt, daß, wenn ich weiter, wie bisher, in meinem sündhaftesten, die Partei verderbenden Lebenswandel fortführe, mir ein Bataillon Strafbayern, vermuthlich als Einquartierung, hierher nach Berlin geschickt wird, um mir am eigenen Leibe zu beweisen, daß die bayerischen Genossen „Männer sind, die an ihre Selbstständigkeit nicht rühren lassen.“

Die Geschichte ist nicht mehr tragisch, sie fängt an komisch zu werden. Sieht ein Mann wie Vollmar, den ich bisher als einen sehr ernst zu nehmenden Mann angesehen habe und für den ich auch bisher niemals Gefühle des Hasses zu empfinden Ursache hatte, sich mit solchen lächerlichen Tiraden ab, dann muß es um die Sache, die er vertritt, sehr übel bestellt sein.

Nach seinen Entgegnungen gewinnt es den Anschein, als habe meine Rede von A bis Z aus nichts als persönlichen Angriffen bestanden, und als seien es nur die niedrigsten Motive gewesen, die mich zu jener Rede veranlaßten. Ich müßte wahrhaftig nicht nur ein erbärmlicher Keel, sondern vor allen Dingen ein schlechter Taktiker sein, ließe ich mir um der Befriedigung kleinlicher, persönlicher Nachgefühle willen, die mir fremd sind, all' die Tonnen voll moralischen Unraths über den Kopf gießen, mit denen man sich seit acht Tagen, allerdings nur in einem kleinen Theil der Parteipresse, beehrt hat und ich voraussehen mußte. Ich kenne unsere Pappenheimer viel zu gut, als daß ich nicht vorausfah, was folgen würde.

welche das Gespräch genommen, versuchte ihren Gatten zurückzuhalten, der vor Ungeduld zitterte. Doch gelang es ihr nicht, ihn daran zu hindern, daß er seinem Sohn zu Hilfe kam:

Aber mir scheint, mein Herr, rief er, daß ein Romanschriftsteller ein verdienstliches Werk vollbringt, wenn er die Mißstände, die er gewahrt, angreift. Es sind so viele schlechte, ungerechte, überlebte Dinge in der heutigen Gesellschaft. Diejenigen, welche da auf Reformen drängen, sind Männer von Herz und Verstand!

Herr von Marnand wandte sich nach diesem neuen Angreifer um und maß ihn von oben bis unten. Er schien ihn für einen Gegner zu halten, der seiner nicht recht würdig war und entgegnete daher in überlegen nachlässigem Tone:

Meinen Sie? Das denkt man sich so. Man legt unklugerweise die Hand an die ewigen Grundzüge des Rechtes, an die geheimnißvollen Grundlagen der Staaten, und wissen Sie, worauf das hinausläuft? Auf den schlimmsten Umsturz, mein Herr, auf die Barrikaden, auf Brand und Mord, auf die Saturnalien der Kommune! Ich denke, Sie vertheidigen doch wohl nicht jene vom Satan Besessenen, die in Paris den rothen Lappen der sozialen Revolution entfaltet haben?

Der Redner rechnete darauf, daß diese Frage wie ein Keulenschlag wirken, daß sie seinen Gegner verblüffen und niederschmettern würde. Doch wie erschrocken er, als René ruhig entgegnete:

Warum nicht? Warum! Warum! wiederholte Herr von Marnand, der in der Verwirrung seiner Gedanken nicht gleich die passenden Worte wiederfand. Weil sie Räuber, Mordbrenner, Mörder sind! Tollhändler oder Verbrecher! Vom Fusel oder vom Hochmuth heraufschlechte Wilde! Abschaum der Großstadt, dessen Frankreich sich mit vollem Recht entledigt hat.

Von dem schlägfertigen, intelligenten Menschen, der mit staatsmännischem Genie die Sozialdemokratie über alle Fährlichkeiten der Klassenverheerung und des einseitigen Klassenkampfes hinwegzuführen wird, wie unsere gesammten Feinde Vollmar nachrühmen, und der die Sozialdemokratie zu einer Partei gestalten wird, in der, so hoffen jene, alle „guten Menschen“ mit „warmen Herzen“ für die „Arbeiter“, vom Staatssozialisten Professor Hertner bis zum christlich-sozialen Pfarrer Naumann Platz finden werden, merkt man in seinen Entgegnungen nichts.

Vollmar hatte Recht sich auf die Erfüllung von Hoffnungen, wie sie auch seine sich an ihn herandrängende Schutzpatronin, die „Frankfurter Zeitung“, begte, nicht einzulassen. Stellte er meine Auslassungen als von gemeinem Neid und niedriger Eifersucht eingegeben hin, dann war er überhoben, auf das heilige Thema der sachlichen Auseinandersetzungen, die ich in meiner Rede ihm gegenüber anregte, sich einzulassen. Dann stand er als der Mann da, mit der Toga der Tugend und der Selbstlosigkeit angethan, vor dem niedrigen, kleinlichen, giftgeschwollenen Bebel, der mit seiner Rede nur den häßlichsten persönlichen Trieben Befriedigung zu schaffen suchte.

Diese Taktik Vollmar's ist würdig eines Klosterschülers, aber man braucht sie nur zu enthüllen, damit sie bei jedem Denkfähigen platz zu Boden fällt.

Zum Unglück für Vollmar hat auch der weitaus größte Theil der Parteipresse denn doch ungleich höhere und anständigere Begriffe von meinem Auftreten und den Motiven, die mich dazu führten, geäußert, als er.

Ich würde es unter meiner Würde halten, mich gegen die gemeinen Motive, die Vollmar mir unterstellt, zu vertheidigen, aber die Ehrenrettung der Partei erfordert zu konstatiren, daß die Parteipresse bei aller Abweichung der Anschauungen von den mir ausgesprochenen Urtheilen, wenigstens meiner Aufrichtigkeit und der Absicht damit der Partei zu nützen, Gerechtigkeit widerfahren läßt. Und so sei zunächst hierüber die Aussprache der Parteiorgane mitgeteilt, soweit solche mir vor Augen kamen. So äußert sich die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitg.“ (Kiel):

„Bebel's herbe Kritik, so gern wir ihr in gewissen Punkten eine Berechtigung zuerkennen, ist nicht die absolut maßgebende. . . . Andererseits aber können wir Bebel's Vorgehen nur mit Freuden begrüßen. . . . Wir sind felsenfest überzeugt, daß diese Debatten die innere Festigkeit und die Agitationskraft der Partei nach außen hin auch nicht im mindesten beeinträchtigen werden. Im Gegentheil, die dadurch erzielte Aufklärung wird der Partei nach innen wie nach außen nur zum größten Vortheil gereichen!“

Das Hamburger „Echo“ äußert, nachdem das Blatt bemerkt hat, „ich hätte, um freie Hand in der Kritik zu haben, meine Stelle als Vorstandsmitglied niederlegen wollen: Bebel würde dann als Parteileiter, welchem so wenig wie irgend einem anderen Genossen die Freiheit der Kritik beschränkt wird, erst recht am richtigen Platze sein.“

Das „Volksblatt“ für Halle schreibt: „Wir selbst nehmen die Preis- und Redegesichte nicht allzu tragisch, im Gegentheil, bis zu einem gewissen Grade freuen wir uns derselben, da sie nur klärend wirken können.“

Die „Freie Presse“ Elberfeld äußert: „Unsere Stellung zu der Rede Bebel's haben wir schon angedeutet, wir freuen uns, daß diese gekommen ist, wenn wir auch der Meinung sind, daß er mitunter etwas über die Schnur gehauen hat.“

Das „Volksblatt“ für die Herzogthümer Sachsen-Noburg-Gotha“ bemerkt: „Auch in unseren Reihen hat die Versammlung in Berlin einen tiefen und nachhaltigen Eindruck gemacht und mancher wird sich darger Sorge über die etwaigen Folgen nicht entschlagen können. Wir theilen diese Sorgen nicht. Was hat denn Bebel gethan? Er hat rückhaltlos auf Mißstände in der Partei hingewiesen, die, wenn man nicht blind sein will, thatsächlich vorhanden sind.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt: „Noch sind die Akten über den Frankfurter Parteitag nicht geschlossen, und auch die nahende folgen schwere Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit den herrschenden Gewalten bildet kein Hinderniß für die rückhaltlose Kritik. Ein besserer Beweis für die innere Festigkeit und den lebenskräftigen Kern der Partei läßt sich kaum liefern. Kurz vor der Entscheidung, einige Wochen, ehe die lastelaste Reaktion, deren Laufgräben schon gezogen sind, wider uns Sturm läuft, läßt und erträgt die Partei, selbstbewußt und souverän, die Kritik ihrer selbst, ihres Thuns, ihrer Entschlüsse, ihres geistigen Gehalts.“

Es folgt dann eine sachliche Kritik meiner Rede, deren Inhalt von der Redaktion nicht getheilt wird und sie fährt dann fort: „Aber Bebel hat nicht eine Meinung, sondern als Genosse eine Ansicht ausgesprochen und es wäre eine unberechtigte Empfindlichkeit ihm dies zu wehren.“

Die „Rannheimer Volksstimme“ schreibt: „Mit der Erklärung Bebel's, daß er sich selbstverständlich den Beschlüssen des Parteitages unterwerfe, wird alle und jede

René, der bleich geworden war, unterbrach ihn mit schneidender Stimme:

Sie stammen aus einer Familie von protestantischen Refugees, mein Herr, nicht wahr?

Ja. . . . Aber welche Beziehung hat das . . . ?

Im sechzehnten Jahrhundert klagte man die Hugenotten derselben Grelen an; sie waren Wahnsinnige, Schwindler, Brandstifter von Klöstern und Bildersürmer, Narren und Verbrecher, ein Abschaum, den das katholische Frankreich ausspeien mußte. Lesen Sie nur die Pamphlete und Reden jener Zeit. Ich erinnere mich da der Weise von Roussard:

Und sengen, brennen, plündern, morden
Von blutbestreuten Räuberhorde
Das nennt Ihr kirchlich reformiren?

O, das war etwas ganz anderes. . . . Sie duldeten für die wahre Religion, stotterte Herr von Marnand, den dieser plötzliche Frontwechsel in arge Verlegenheit brachte.

Die wahre Religion ist immer die, zu der man sich bekennt, begann René wieder. Man kann sich irren. Man ist nicht weniger achtungswerth, wenn man sein Glück und sein Leben seinen Ueberzeugungen opfert. Und ich sehe nicht ein, warum man heute den Märtyrern einer neuen Idee die Achtung versagt, ja, mein Herr, die Achtung, die doch die Reformirten genossen, welche in ihrer Art auch Revolutionäre, Aufrechter, unerbittliche Feinde der zu ihrer Zeit bestehenden Verhältnisse waren.

Sie wollen mich doch nicht etwa dahin bringen, Ihre Kommunards als Helden zu bewundern? versuchte Herr von Marnand spöttisch einzuwerfen. Da soll es ehrliche Leute geben! Sehen Sie doch! Werfen Sie nur einen Blick in die Zeitungen. Nichts weiter als „Banditen der schlimmsten Sorte!“

René durchlief ein nervöses Beben. Seine Stimme zitterte. Mit zusammengepreßten Zähnen, aber äußerlich ruhig sprach er langsam die Worte:

Voraussetzung hinsichtlich, als ob Bebel, der bisher stets derjenige gewesen, der die Nothwendigkeit einer straffen Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze auf das Nachdrücklichste betonte, diese Nothwendigkeit für sich nicht anerkennt. . . . Nachdem dies klargestellt, nachdem Bebel ausdrücklich anerkennt, daß auch für ihn der Parteitag die höchste Instanz ist, verlieren die nachfolgenden Ausfälle viel von ihrer Härte und Schärfe und bewegen sich in dem Rahmen einer zwar manchmal etwas recht herben, aber immerhin berechtigten Kritik.“

Und an einer anderen Stelle sagt das Blatt, nachdem es meine Rede meist absprechend kritisiert hat und nachdem es ausgeführt, daß eine gewisse Gefahr vorhanden sei, daß die Bewegung verflache: „Es soll absolut nicht geleugnet werden und wir können Bebel nur dankbar sein, wenn er darüber wacht.“

Der „Volksfreund“ (Offenburg) meint: „Neues hat Bebel nicht gesagt. . . . Das Auffallende bei der ganzen Sache ist, daß Bebel diese Rede gehalten hat. . . . Aber auch ein Bebel kann sich irren. Und er hat sich diesmal geirrt. Nicht daß wir leugnen wollten, daß Bebel nicht in manchen Punkten den Nagel auf den Kopf getroffen, o nein, Bebel hat in vielen Punkten Recht, aber er ist mit seinen Schlussfolgerungen über's Ziel hinausgeschossen. . . . Man nimmt Bebel's Rede lange nicht so tragisch (in der Parteipresse), als wie er selbst vielleicht gemeint hat.“

Der Offenburger „Volksfreund“ kannte, als er das schrieb, noch nicht die tragischen Artikel Vollmar's.

Der „Sozialdemokrat“ Nr. 43 schreibt: „In der Bebel'schen Kritik des Frankfurter Parteitages ist diese galling verbitterte Stimmung vieler zur Explosion gekommen, unndichtig verleidend vielleicht in Einzelheiten des Angriffs, aber — wie wir hoffen — doch wohlthätig in dem Anstöße, der nunmehr der schärferen Selbstprüfung und Kritik in der Partei gegeben sein wird.“

Die „Abeinisch-westfälische Arbeiter-Zeitung“ (Dortmund) äußert auf einen Angriff der „Frankischen Tagespost“ auf die Berliner Genossen und mich: „Diese Kritik ist diktiert durch unsere Grundansätze, sie wird gefordert durch das Wesen unserer Partei und sie ist geübt worden von Parteigenossen, die nicht im mindesten an Mangel an Franche und die den bayerischen Genossen so freundlich wie irgend welchen anderen gegenüberstehen.“

Die „Unterfränkische Volkstribüne“ in Würzburg wendet sich gegen das Urtheil der „Münchener Post“ über Bebel mit den Worten:

Man braucht kein entragirter Anhänger Bebel's zu sein, um dieses Urtheil nicht zu unterschreiben. Mag der Pessimismus Bebel's übertrieben oder ganz unzutreffend sein — wir sind überzeugt, daß nicht „verlehte Eigenliebe“, „unzulängliche Rechthaberei“ oder „Selbstherrlichkeit“ die Triebfeder zu Bebel's Vorgehen bildeten, sondern daß er in all seinen Thaten diktiert wurde von dem ehrlichen Willen und Streben, der Partei, die ihm so unendlich viel verdankt, zum Nutzen zu sein. Wer anders redet, kennt Bebel nicht oder thut ihm bewußt oder unbewußt Unrecht.“

Weiter äußert sich Genosse Adler in Wien am Schlusse zweier Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ über den Frankfurter Parteitag also:

„Darum meinen wir auch, daß Bebel in der ersten Erregung zu schwarz gesehen hat, aber seine Rede in der Berliner Versammlung (der Genosse Adler ebenso wie dem Frankfurter Parteitag als Gast beizuwohnte) war ein wohlthätiges Gewitter und wird viel dazu beitragen, die Luft zu reinigen, weil alle Beteiligten das Bewußtsein haben, daß er keineswegs nur in seinem eigenen Namen, sondern aus dem Empfinden weiter Kreise der Partei heraus gesprochen. Freilich, Streit und hitzige Debatten wird es geben und grade Vollmar und Grillenberger spielen jetzt bereits die Debatte vom prinzipiellen Boden weg auf das Gebiet des Persönlichen und der Selbstständigkeit der einzelnen Landesgruppen.“

„Daß auch der „Vorwärts“ sich wiederholt für mein volles Recht der Kritik ausgesprochen hat, die der Partei nur nützlich sein könne, obgleich der Chefredakteur von meiner Auffassung wesentlich abweicht, wissen die Leser des „Vorwärts“, ich erinnere nur der Vollständigkeit halber daran. Auch in Steglitz äußerte Liebknecht: Die durch Bebel hervorgerufene Diskussion kann uns nicht schaden, sie kann die Einheitslichkeit der Partei nur steigern.“

Nun vergleiche man diese zitierten Urtheile mit der niedrigen, gehässigen Anklage Vollmar's, in der er mir die schmutzigsten Motive für meine Rede unterstellt. Vollmar hatte nicht nur seine sonst zur Schau getragene staatsmännische Ruhe, sondern den Kopf verloren, als er sich zu einer Anklage hinreißen ließ, die er im Interesse seines Ansehens, als der vornehm sein wollende Staatsmann, der „Frankl. Tagespost“ und dem Hannoverischen „Volks-wille“ überlassen konnte.

Aber seine Anklage versteigt sich auch zu der Beschuldigung, daß ich meine Rede in einem Momente hielt, in dem die Gegner alle Kräfte zu einem neuen Kriegszug mit verschärften Gesetzen und äußerster Gesetzesauslegung gegen uns unternehmen.“

Ich habe noch nicht bemerkt, und dafür verdient die Partei volle Anerkennung, daß sie über diesen kommenden Feldzug unserer Feinde sich sonderlich beunruhigte. Sie ist in der Stimmung

Sie werden gewiß die Worte, die Sie soeben gesprochen haben, bedauern, wenn Sie erfahren, daß ich selbst jetzt im Exil lebe, weil ich an der Kommune theilgenommen hatte.

Als er dies sprach, schleuderte er Herrn von Marnand einen Blick zu, daß dieser es für gerathen hielt, einen Schritt zurückzutreten, und stammelte:

Ah, da bitte ich um Verzeihung. Das mußte ich nicht. Das konnte ich nicht wissen.

Ein Schweigen entstand. Frau Messant, die zugleich erschreckt und stolz war auf das entschlossene Vorgehen ihres Sohnes, versuchte die Unterhaltung auf ein anderes Gebiet zu lenken.

Dieser leidige Politik, seufzte sie, die Herren sind darin unerbittlich. In alle Dinge müssen sie die Politik hineinziehen. Im Salon müßte man es eigentlich verbieten, nicht wahr, Madam?

Aber Frau Roveray war nicht diejenige, welche es verstand, einer so peinlichen Lage ein Ende zu machen. Sie antwortete nur trocken:

Meine Schuld ist es nicht, wenn sie hier eingedrungen ist, Madam.

Sie klingelte, daß der Kaffee gebracht werde. Das gab eine kleine Ablenkung. Aber aus der Unterhaltung war alle Gemüthlichkeit verschwunden. Herr v. Marnand schloß sich, wie in eine Festung, in ein halb schmollendes, halb träumerisches Schweigen ein. Seine Schwester verrichtete ihr Amt als Wirthin mit gereizter Höflichkeit. Die Kinder selbst, die dem Austritt beigewohnt hatten, ohne ihn zu begreifen, flüsternd schüchtern unter einander wie Vögeln, die ein Gewittersturm erschreckt hat. Man wechselte noch einige leere Redensarten, die mehr dazu bestimmt waren, die Gedanken zu verbergen, als sie zum Ausdruck zu bringen, und die Familie Messant verabschiedete sich von der Wirthin, die keinerlei Anstrengung machte, sie zurückzuhalten.

des leider verstorbenen Bräde, als er 1878 im Reichstag den Machern des Sozialistengesetzes das Dohnwort ins Angesicht schleuderte: „Wir pfeifen auf Euer Gesetz.“

Und die Tragik dieses Vollmar'schen Vorwurfs wird wiederum zur Komik, wenn ich daran erinnere, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ und eine ganze Reihe ähnlicher Presseorgane die Anschauung kolportierten:

„Der Streit zwischen Vollmar und Bebel ist ein abgekartetes Spiel, um die drohende Verschärfung der Gesetze gegen die Sozialdemokratie zu verhindern.“

Wahrlich, so oft Vollmar tragisch wird, hat er Pech, und daß er auch mit seiner übrigen Beweisführung Pech hat, werde ich ihm weiter zeigen.

A. Bebel.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November.

Vom Reichstagskurs. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer bekannten Schrift:

„Unsere neuliche Mittheilung, daß die Absicht bestehe, dem Reichstage bei seinem Zusammentritt nur die Umsturzvorlage zugeben zu lassen, war, wie nähere Erkundigungen ergeben haben, eine irrthümliche. Wir haben vielmehr allen Grund, anzunehmen, daß man an maßgebender Stelle nach wie vor genehmigt ist, an der bisherigen Praxis festzuhalten, wonach dem Reichstage bei Beginn der Session sämmtliche bis dahin fertig gestellte Vorlagen, also auch namentlich der Etat, sogleich überwiesen werden.“

Der „Reichsanzeiger“ bestätigt heute Abend die Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg.“

Für die Vermehrung der Marine macht die „Kreuzzeitung“ heute Stimmung. Sie schreibt:

Die Schwierigkeiten, die neuerdings wieder in Samoa auftauchen, und die Kette der Revolutionen, welche sich von Mittelamerika durch ganz Südamerika zieht, die Nothwendigkeit, unsere Interessen in Afrika und in Ost-Asien zu wahren, hat die Unzulänglichkeit unserer Streitmittel zur See, namentlich unserer Kreuzer-Flottille, so deutlich zu Tage treten lassen, daß eine Remedur wohl unerlässlich erscheint.

Die Konservativen, welche während der letzten Reichstagsession für die Bolkpolitik des Reichslanzlers mit der Ablehnung militärischer Mehrerfordernisse Revanche nahmen, wollen wohl jetzt zeigen, daß die Ernennung des Herrn v. Hammerstein-Vortzen zum preussischen Landwirtschaftsminister von ihnen in der Form der Zustimmung zu allen Forderungen des Kriegsministers und des Staatssekretärs der Marine quittirt wird. Das deutsche Volk soll wieder einmal die Fische bezahlen.

Der Gesekentwurf, betr. die Tabak-Fabriksteuern, soll soweit vorbereitet sein, daß er in nächster Zeit wird an den Bundesrath gebracht werden können.

Das Strafgesetz gegen den Sklavenraub und den Sklavenhandel, welches am Donnerstag den Bundesrath beschäftigte, ist nach einer offiziellen Mittheilung eine nur wenig veränderte Wiederholung des Gesekentwurfs, der bereits im Jahre 1891 dem Reichstage zugehen, damals aber nur in einer Kommission, die ihm in allen seinen Theilen zustimmte, nicht aber mehr im Plenum des Reichstags zur Erledigung gelangte. Der gegenwärtig dem Bundesrath vorliegende Entwurf enthält gegenüber dem früheren eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Veranlasser und Anführer von Sklavenraubzügen für den Fall, daß bei dem Unternehmen der Tod einer der Personen, gegen die es gerichtet war, verursacht worden ist. Auch die entsprechenden Strafbestimmungen gegen den Sklavenraub gerichteter Gesetze des Auslandes sind wesentlich schärfer als in dem Gesekentwurf von 1891.

Das klägliche Wirrsal der deutschen Reichspolitik hat in Frankreich zur Folge gehabt, daß die Zeitungen von den deutschen Angelegenheiten unter der wenig schmeichelhaften Ueberschrift „Choses d'Allemagne“ sprechen, d. h. wörtlich: „Dinge von Deutschland“ — nach Art der Choses d'Espagne — Cosas d'España der Spanischen Dinge“, welcher Ausdruck auf französisch ungefähr so viel heißt als auf deutsch: polnische Wirtschaft.

Stegmüller hat die Konsequenz aus den Beschlüssen des Frankfurter Parteitagess gezogen, er hat den Präsidenten der badischen Kammer benachrichtigt, daß er sein Mandat niederlege. Herr Dr. Rüdiger hat es bisher unterlassen, seinem Austritte aus der Partei den aus dem badischen Landtage folgen zu lassen.

Begnadigt. In den Zeitungen lesen wir: Baron v. Hedlich, der vor etwa 2 1/2 Jahren als Student in Leipzig die Prokurirte Weisker in deren in der Bräder-

straße gelegenen Wohnung erschoss und hierfür wegen Todschafts vom Schwurgericht zu Leipzig zu vier Jahren Gefängnis und Ehrverlust verurtheilt worden war, ist begnadigt und aus der Strafanstalt Juidau entlassen worden. v. Hedlich, der also den größeren Theil der Strafe verbüßt hat, soll sehr elend aussehen.

Ein würdiges Objekt der „Gnade“ — dieser „Gefesse“! —

In dem Bericht über den Hans Blum-Prozess ist von einem Fall Diebknacht-Geiser die Rede. Genosse Diebknacht hatte mit der Sache nichts zu thun. Es muß heißen Frohne-Geiser. Der Prozess war bekanntlich einer der skandalösesten Auswüchse des Sozialistengesetzes.

In der **Beleidigungsklage, die Hans Blum** gegen unseren Redakteur Bösch angestellt hat, war von dem Vertheidiger Rechtsanwalt Heine beantragt worden, Blum sollte persönlich erscheinen, damit er ihm die Unrichtigkeiten seines berühmten Buchs vorhalten könnte. Blum erklärte, er könnte nicht kommen. Außerdem hatte der Vertheidiger gefordert, Blum sollte die „amtlichen stenographischen Protokolle“, die er zu befehlen vorgibt, und aus denen die Verschönerung deutscher Sozialdemokraten mit Boulanger hervorgehen soll, auf der Gerichtsschreiberei niederlegen. Blum erklärte auch dies für unmöglich, weil die Papiere nicht ihm gehörten. Jetzt verlangte Rechtsanwalt Heine, daß Blum die Akten, wenn er sie dem Gericht nicht anvertrauen könnte, persönlich im Termin vorlegen sollte. Wie wird er sich nun herausziehen? —

Die ungarische Ministerkrise ist verschoben. Der hochoffiziösen „Budapester Korrespondenz“ zufolge kann es nunmehr als sicher gelten, daß die Sanktion der drei erledigten kirchenpolitischen Vorlagen demnächst bevorsteht. Darauf würde das Oberhaus neuerdings die übrigen zwei Gesekentwürfe verhandeln.

Der Sohn Kossuth's ist in den ungarischen Unterthanen-Verband aufgenommen worden.

Die Mahregelung des italienischen Professors Ferri, des bedeutendsten Strafrechtslehrers von Italien, ist in einer so gemeinen, hinterlistigen Weise erfolgt, daß sie doppelte Brandmarkung verdient. Es war kein offener Akt der Brutalität, sondern ein feiger Streich aus dem Hinterhalt, indem Herr Crispi die servile Rechtsfakultät der Universität Pisa bestimmte, Ferri unter dem nichtsnutzigen Vorwand, daß er nicht genug Vorlesungen gehalten habe, die Lehrberechtigung zu entziehen. Ferri hat allerdings das letzte Jahr bloß 42 Mal Kolleg gelesen, während seine Universitätskollegen durchschnittlich 50 Mal lesen; dafür aber hat er mit seinen Hören häufig die Irrenhäuser und Gefängnisse besucht, und ihnen dort praktische Lehrkurse erteilt. In allen Kreisen Italiens, wo noch Gefühl für Ehrlichkeit und Anstand vorhanden ist, wird die Mahregelung Ferri's als einer der niederträchtigsten Streiche Crispi's verurtheilt.

Aus Italien wird uns geschrieben:

Giuseppe Sergi, Professor der Universität in Rom, einer der bedeutendsten Philosophen Italiens, schrieb an unseren jüngst vom hiesigen Gerichte zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilten Genossen Rechtsanwalt Turati folgenden Brief, den wir in der „Critica Sociale“ abgedruckt finden:

„Lieber Turati! Aus den Blättern erfahre ich Ihre und Prampolini's Verurtheilung; das schmerzt mich tief, sehr tief, und — verzehne Sie — nicht so Jhretwegen, als um der armen Italia willen, die gleichsam durch Strahneinprägungen fortwährend zu Zuckungen gereizt wird, welche sie schließlich entweder tödten oder heftig reagieren machen werden.“

Während der letzten Sommerferien las ich wieder einmal Settembrini's „Denkwürdigkeiten“, und als ich so nachdachte, glaube ich, wieder in Sizilien, meinem Heimatlande, zu sein, zwischen meinem 17. und 18. Lebensjahre, als die Furcht, die in den Adern der Bourbonen zirkulirte, den Polizeischreden schuf. Die jugendliche Seele wurde damals nur muthiger und stolzer, anstatt zu zittern und das führte uns Studenten zur nationalen Schilderhebung.

Ich gehöre keinem einzigen Vereine, welcher Art er auch sein mag, an, weil mich ein vielleicht übertriebenes Gefühl persönlicher Unabhängigkeit befeht; ich bin, wie Sie wissen, nicht Sozialist; aber meines Erachtens ist die sozialistische Bewegung nützlich für eine künftige soziale Evolution. Den Gedanken unterdrücken, das heißt: die Quellen des Lebens stopfen; und jetzt sehe ich, daß keiner von uns mehr in seinem eigenen Hause sicher ist, weil keine Freiheit respektirt wird.

Die Zudungen der mit Strichlein gestrichelten Italia werden häufiger, und die Lebensperiode, die die ärmste durchmacht, gleich dem Todeskampfe eines Bergkittens.

Tulden Sie mit Festigkeit!

Ihr Giuseppe Sergi.

Aus dem Staatsgefängnisse auf Ischia (Castello d'Ischia) ist hier folgendes Schreiben eingetroffen: „Von den

Mein empfind eine wirkliche Erleichterung. Es war ihm, als hätte er eine Maske abgenommen, die ihn belästigte und am freien Athmen hinderte. Komme, was da kommen mag! sagte er sich. Es ist mir lieber, daß man weiß, wer ich bin.“

In den nächsten Tagen konnte er an dem Tuscheln hinter seinem Rücken merken, daß Frau Roveray geplaudert hatte. Einige Personen, begabt mit der Unverschämtheit, deren Geheimniß die gute Gesellschaft aller Länder besitzt, thaten sogar, als kannten sie ihn nicht mehr. Doch betrachtete man ihn alles im allem mehr mit Neugier als mit Uebelwollen. Keiner seiner Schüler erlaubte sich auch nur die leiseste Anspielung darauf, daß René ein Flüchtling war. Keiner seiner Kollegen richtete eine indiscrete Frage an ihn. Selbst derjenige unter ihnen, der die Gewohnheit hatte, die ungezogenen Rangen mit Namen wie „Kommunard“ zu belegen, enthielt sich fortan dieses rednerischen Mittels.

In der Schweiz ist man daran gewöhnt, überall Gedächtnisse zu sehen. Aus allen Ecken und Enden Europas kamen sie ja hierher, um in dem gastlichen Lande ein Asyl zu suchen. Viele unter ihnen verwandelte der wechselnde Lauf der politischen Ereignisse später in Minister, in Gesandte, ja sogar in Könige und Kaiser! Man nimmt hier die heftigen Anklagen, mit denen die siegende Partei der besiegten gegenüber ntemals larget, nur mit Vorbehalt auf. Frau Messant selbst, die allmählich ruhiger wurde, konnte befriedigt feststellen, daß es in ihrer Umgebung viele Herzen gab, die größer und edler dachten, als der sehr ehrenwerthe, fromme Herr von Marnand.

Frau Roveray gehörte nicht zu diesen. Sie wagte es allerdings nicht, ihren Miethern einen kurzen, steifen Gruß zu verweigern, doch hatte sie ihren Kindern streng verboten, jemals wieder einen Fuß in die Messant'sche Behausung zu setzen. Henri wußte sich darüber zu trösten, weil er seinen Lehrer in der Schule sah und oft auf dem Wege dorthin mit ihm

auf grund des Ausnahmegesetzes vom 19. Juli 1894 eingefetzten Provinzialräthen zu Zwangsdomizil verurtheilt, glaubten wir, daß wir in derselben Weise behandelt werden würden, wie alle anderen Sträflinge, die die Inseln des herrlichen italienischen Landes bevölkern. Aber gerade das Gegentheil geschah, und es scheint wirklich, als ob man teuflische Mittel ausstügelte, um uns unsere Lage noch trostloser erscheinen zu lassen und uns noch weit schlechter zu behandeln, als gemeine Verbrecher der schlimmsten Sorte behandelt werden. Denn während die Sträflinge an anderen Orten täglich 50 Centesimi (40 Pf.) erhalten und sich überdies noch in irgend einer anderen Weise beschäftigen und etwas hinzuverdienen können, werden wir hier wie Leute behandelt, die jeder menschlichen Rücksicht unwürdig sind, und gezwungen, fortwährend in diesem geschlechten Kasell eingeschlossen zu bleiben, als wären wir zu Gefängniß oder, noch schlimmer, zu Zuchthaus verurtheilt; wir werden wider unseren Willen zu entwerdendem Müßiggange gezwungen und mit verschimmeltem Brot und miserabler Suppe gefüttert, die für den täglichen Lebensunterhalt ganz ungenügend ist.

Und wenn unsere Familien, unter ungeschweuerten Opfern, uns etwas Geld schicken, damit wir uns etwas besser nähren können, verschwindet es in dem gierigen Schlund eines Schankwirths, der von der Regierung für uns als „Lieferant“ engagirt wurde, und der uns in der unverschämtesten Weise ausbeutet. Beschwerden über Beschwerden sind an die „zuständigen Behörden“ gerichtet worden, aber die Herren am grünen Tische haben für uns keine Zeit, und in Ermangelung von Brot und Suppe, sind wir genöthigt, uns mit süßen Versprechungen füttern zu lassen.

Da uns also von denen, die dazu verpflichtet wären, kein Recht zu Theil wird, und da man auf unsere gerechten Klagen entweder mit Gleichgültigkeit oder mit der Strazelle antwortet, haben wir beschlossen, uns an die unparteiische Presse zu wenden, damit unsere Beschwerden zur Kenntniß der Publitum gebracht werden; wir wollen doch sehen, ob es uns mit diesem Mittel gelingt, die Behörden aus ihrer schmachvollen Apathie aufzuwecken. Haben sie doch bis heute noch nicht daran gedacht, uns ein menschenwürdiges Nachtlager zu verschaffen; man versagt uns selbst jene elende Wollendecke, die sogar den Zuchthäusern und den zu Galeerenstrafe verurtheilten Verbrechern gegeben wird.

Wir wissen nicht einmal, ob wenigstens eine von unseren an das Ministerium gerichteten Beschwerden an ihren Bestimmungsort gelangt, oder ob das Ministerium plötzlich taub geworden ist. Uns genügt es, daß das Publikum wisse, in welcher schändlichen Weise wir behandelt werden, auf daß Jeder-mann erfahre, daß unter der Diktatur des Herrn Crispi die wegen „Meinungsverschiedenheit“ verurtheilten Männer schlimmer behandelt werden als die politischen „Verbrecher“ und die revolutionären Patrioten unter der Regierung der Bourbonen und der Päpste behandelt wurden.“

Für die Expedition nach Madagaskar hat die französische Deputirtenkammer der Vorlage der Regierung, Ausrüstung eines Expeditionskorps und Bewilligung von 65 Millionen Franks zugestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion, die aus prinzipiellen Gründen die Vorlage ablehnte, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß zahlreiche andere Geldforderungen für Madagaskar dem 65 Millionen-Kredit folgen werden.

Zur Eisenbahn-Kontrolle in Frankreich. Man schreibt uns aus Paris unterm 18. November:

Wie die Kontrolle beschaffen ist, der die Eisenbahnen in Frankreich unterliegen, das hat Genosse Viviani zum Vorgesetzten der Arbeitsminister Barthou in der getrigen Sitzung der Kammer geäußert. Auf eine die Eisenbahn-Kontrolle betreffende Interpellation, in der auf die übermäßig lange Arbeitszeit der Eisenbahn-Bediensteten und der damit zusammenhängenden Unfälle hingewiesen wurde, hatte Barthou als Antwort nichts Besseres gewußt, als das Lob der verschiedenen von ihm und seinen Vorgängern erlassenen Zirkulare zu singen, die den Eisenbahn-Kompagnien dies und jenes vorschreiben. Was nützen aber alle Vorschriften, wenn für deren Durchführung nicht gehörig gesorgt, wenn seitens der mit der Kontrolle betrauten Beamten alles Mögliche gethan wird, um nichts Anstößiges vorzukommen. So fragte Viviani etwas boshaft, ob etwa eine Dienstverordnung bestehe, die es den Kontrollbeamten erlaubt, die Eisenbahn-Kompagnien im vornehmen von ihrer Kunst zu verständigen, und legte der Kammer gleichzeitig ein Schriftstück vor, das seine Anschulldigung vollaus befestigt. Es ist dies ein vollständiges Verzeichnis der Reiseroute eines Inspektionbeamten sammt Angabe der Zeit seiner Abreise wie seines Eintreffens. Daß unter solchen Umständen von einer ernstlichen Kontrolle keine Rede sein kann, ist selbstverständlich. Dazu kommt noch, daß die Kompagnien ihre Bediensteten dazu anhalten, den Kontrollbeamten ausweichende Antworten zu geben, wie dies aus einem gleichfalls von Viviani vorgebrachten Zirkular der Nord-Eisenbahn — Direktor: A. Rothschild, Vize-Direktor: Leon Say — erhellt, das unterm Datum des 27. März 1894 die Bahn- und Stationschefs von der Inspektionsreise der Kontrollbeamten verständigt und ihnen gleichzeitig in Erinnerung bringt, daß sie sich bei Ertheilung von Auskünften der größten Rücksicht zu befehlen haben. Nur so seien Unfälle wie der von Appilly möglich und Viviani verlangte darum, daß die Regierung diesbezüglich beauftragt werde, gegen die Direktion und

zusammentraf. Annette konnte sich nur stumm gegen den mütterlichen Willen empören. Aus aufgefundenen Brocken der Unterhaltung hatte sie entnommen, daß René aus Gründen, die sie sich nur schlecht erklären konnte, sein Vaterland nicht betreten durfte. Das war für sie ein Grund, ihn noch mehr zu lieben. War das nicht gerecht, da er doch unglücklich war? Auch verging kaum ein Tag, ohne daß sie ihm zufällig auf der Treppe oder im Garten begegnete, und hier bot sich stets Gelegenheit zu einem verstoßenen Gruß, einem Lächeln oder einem freundlichen Wort.

Wenn ihre Mutter ausging, dann stieg sie schnell, die Hände voll Blumen, hinauf in die Wohnung ihrer Freunde. Sie erschien und verschwand wieder. Einmal jedoch wurde sie von ihrer Mutter auf der Rückkehr von einem dieser heimlichen Ausflüge überrascht. Ein schreckliches Hausgewitter folgte dann. Ungehorsam gegen ausdrückliche Befehle, daß war der Weg zu allen Verbrechen! Dazu kam noch, daß Annette ihrer Mutter tapfer gegenübertrat. Sie wagte es, zu erklären, daß das Verbot ihrer Mutter ungerecht, lächerlich, schimpflich sei, daß die Familie Messant sehr gut, sehr liebenswürdig wäre. . . . Da sagte Frau Roveray, die der Horn fast erstickte, einen großen Entschluß.

Dieser rebellische Charakter mußte gebeugt werden. Sie bestimmte, daß ihre Tochter auf mehrere Jahre in einem Pensionat der deutschen Schweiz untergebracht werden sollte. Die arme Kleine weinte heftig beim Abschied, vor allem deshalb, weil sie nicht, wie sie so gern wollte, denen Lebemuhl sagen konnte, von denen man sie trennte. Traurig dachte sie daran, daß sie nun bald vergehen sein würde, und doch geschah es zum ersten Male, daß René, als er das reizende Lächeln und das kluge Gesichtchen seiner kleinen, blonden Freundin nicht mehr sah, mit einem mit Bewunderung gemischten Bedauern empfand, daß seinem Leben plötzlich etwas wie ein frischer Frühlinghauch fehle.

(Fortsetzung folgt.)

Verwaltung der Nordbahn eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten. Anstatt nun die Klagen zu entkräften, was angesichts der erwähnten Dokumente allerdings etwas schwierig war, zog Herr Borthou vor, den Beisitzern zu spielen, was nicht nur viel leichter war, sondern ihm auch den Beifall der Sen, Agnard und aller sonstigen Verwaltungsräte und Aktionäre sicherte. Das Viviani's Antrags schließend mit großer Majorität abgelehnt wurde, ist bei der Zusammensetzung dieser Kammer fast selbstverständlich. Das hat aber nicht gehindert, daß das Land nun von den Praktiken unterrichtet ist, die bei der Kontrolle der Eisenbahnen geübt werden und dieser Zweck, worauf es ja der sozialistischen Gruppe hauptsächlich ankam, ist durch das Auftreten Viviani's vollkommen erreicht worden.

Wohin das Geld geht, oder Moloch's Appetit. Am vorigen Mittwoch hat der Abgeordnete Jules Roche in der französischen Deputiertenkammer einen Bericht über das Kriegsbudget für 1895 eingebracht. Der Referent vergleicht darin die Kriegsbudgets Deutschlands und Frankreichs mit einander. In den Jahren von 1870/71 bis 1887 war das französische Kriegsbudget entschieden höher, seither aber wurde in Deutschland mehr ausgegeben als in Frankreich, im Jahre 1887 um 124 635 403 Franks, 1888 um 55 395 660 Franks, 1889 um 71 958 276 Franks, 1890 um 25 903 067 Franks, 1891 um 148 129 746 Franks, 1892 um 53 980 538 Franks, 1893 um 108 397 472 Franks, 1894 um 164 528 850 Franks und für 1895 erreichen die Mehrausgaben 181 498 697 Franks. Im Ganzen also seit neun Jahren um 934 Millionen. Nach dem Kriege wurde, wie bereits erwähnt, in Frankreich mehr für das Heer geopfert als in Deutschland, so zwar 1877 um 200 419 879, 1878 um 185 945 372, 1879 um 166 640 756, 1880 um 149 025 331, 1881 um 142 942 757, 1882 um 207 265 693, 1883 um 182 162 904, 1884 um 146 236 231, 1885 um 75 790 548, 1886 um 170 359 203 Franks. Das 1895 vom deutschen Reichstage genehmigte Heeresgesetz, das eine Vermehrung der Effektivebestände durchführt, bringt es mit sich, daß die Differenz zu Gunsten des deutschen Kriegsbudgets zwei Siebtel des französischen, 637 888 370 Franks, ausmacht. Auch in betreff der Effektivebestände der beiden Heere weist Jules Roche auf graphische Zeichnungen nach, daß diejenigen Deutschlands seit 1892 ständig gleich hoch, diejenigen Frankreichs hingegen im Abnehmen begriffen sind. So ist in der deutschen Armee für 1894/95 ein Netto-Effektivbestand nach Abzug der Abwesenden von 540 725 Mann vorgesehen, in Frankreich hingegen nur 473 200 Mann und nach Abzug der Truppen Algeriens und Tunesiens nur noch 411 700 Mann. Dieser Umstand erklärt sich zur Genüge daraus, daß in Deutschland die Effektivebestände immer gleich hoch bleiben, was in Frankreich nicht der Fall ist. Des Weiteren verweist Jules Roche darauf, daß in Deutschland die ausgedienten Soldaten der Kavallerie und der berittenen Artillerie sofort nach Abgang der Urlauber, die der Infanterie, Artillerie und Pioniere zwischen dem 11. und 17. Oktober einberufen werden. In Frankreich hingegen werden die Mannschaften wie in Deutschland nach den großen Mandern, also Ende September, beurlaubt, die Rekruten aber erst zwischen dem 1. und 15. November, zumeist um den 12., also volle sechs Wochen nach Abgang der Urlauber eingezogen. Auch hierin ist also Frankreich Deutschland gegenüber im Nachtheil.

Wir wollen uns diese Zahlen merken. Und unsere Abgeordneten werden im Reichstage Gelegenheit haben, sie reden zu lassen, damit das Lügenmärchen zerstört wird, das deutsche Volk habe weniger für das Militär gethan, als Frankreich, und sei durch die Franzosen gezwungen, noch immer mehr zu thun.

Die Rage läßt nicht vom Mäusen und der Sozialistenbitter nicht vom Lügen und Falschen. Bei der letzten Sozialistenbitter in der französischen Kammer erklärte der ordnungsparteiliche Abgeordnete Deschanel, die deutschen Sozialisten hätten 1875 einen Emisfär nach Paris geschickt, durch den das erste sozialistische Wahlmanifest in Frankreich (bei den Wahlen des sechsten Arrondissements von Paris im Jahre 1876) vranalast worden sei. Herr Deschanel brachte unsern Freund Deville mit diesem Manifest in Verbindung. Deville hat die ganze Jagdgeschichte als eine halloose Erfindung bezeichnet, und wir bezeichnen sie als niederträchtige Lüge. Es ist merkwürdig, daß die Bourgeoisie aller Länder den Sozialismus für ein fremdes Gewächs hält, was heillosig so recht deutlich die Unfähigkeit des Bourgeoisirns zeigt, den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu verstehen.

Robin, dessen Berufung an die neue Brüsseler Universität wir gemeldet hatten, hat seinen Lehrkursus noch nicht eröffnet. Das Direktorium der Universität hat ihm nicht, wie der Temp's böshafter und fälschlicher Weise mittheilte, die Vorlesungen, wenigstens vorläufig, verboten, sondern er selbst hat an das Direktorium geschrieben, daß er vor Schluß der Untersuchung, die seine Unschuld unzweifelhaft ergeben werde, sein Amt nicht antreten wolle — eine Handlungsweise, der wir nur unseren Beifall zollen können.

Die norwegischen Wahlen. Die Wahlen zum Storting sind beendet. Gewählt wurden im ganzen 59 von der Linken, 55 von der Rechten und den Moderaten gegen bisher 64 von der Linken und 50 von der Rechten und den Moderaten.

Der Rücktritt des konservativen Ministeriums wird sich somit nicht mehr lange vom König aufhalten lassen.

Die öffentlichen Hinrichtungen in Spanien. Aus Madrid wird telegraphirt:

Eine kgl. Verordnung schränkt die Öffentlichkeit bei Hinrichtungen ein. Die Hinrichtungen sollen fortan innerhalb der Gefängnismauern vollzogen werden.

Der Gnadenlaf des Zaren. Aus St. Petersburg wird telegraphirt:

Ein anläßlich der Vermählung des Kaisers erlassenes, vom heutigen Tage datirtes Manifest gewährt im Gnadenwege Erleichterungen bezüglich der Zahlung verschiedener Schulden an die Krone, der Tilgung von Kronsdarlehen, der Zahlung von Zinsen; dasselbe erläßt mehrere Steuererlässe, die Betreibung etlicher, der Krone verurthachter Schaden, die Erhebung verschiedener Geldstrafen und Nachrechnungen; ferner mildert oder verfürzt das Manifest wegen Kriminalverbrechen erfolgte Verurtheilungen zu Gefängnis und Festungshaft, zu Stellung unter Polizeiaufsicht, zu Deportation und Zwangsarbeit. Bezüglich der Staatsverbrecher, welche Nachsicht verdienen, soll der Minister des Innern dem Kaiser Vortrag halten. Staatsverbrecher, welche 15 Jahre unaufgedeckt geblieben sind, werden der Vergessenheit übergeben. Den Personen, welche wegen der Theilnahme an dem polnischen Aufstande von

1863 unter Strafe stehen, wird gestattet, sich überall im Reiche aufzuhalten unter Wiederherstellung ihrer Geburtsrechte; Eigenthumsrechte, durch Dienst erworbene Rechte, Rang und Orden werden denselben nicht zurückverliehen.

Man sieht hieraus schon, wie Recht wir hatten, denen zu mißtrauen, welche von einer liberalen Aera in Rußland fafelten.

Die „Kreuz-Zeitung“ beantwortet meine „Nochmalige Erklärung“ (veröffentlicht in Nr. 275 des „Vorwärts“) in ihrer gestrigen Abendnummer und sagt u. A.:

Es muß genügen, wenn die Urheber der Nachricht durch Zeugenaussagen vor Gericht den Beweis der Wahrheit zu erbringen und die gefehliche Verantwortlichkeit zu tragen bereit sind. Verzichtet Herr Singer darauf, uns vor Gericht zu zitieren, und beschränkt er sich darauf, gegen unseren Gewährsmann unverbindliche Erklärungen zu erlassen, so steht eben Behauptung gegen Behauptung, und wir haben umso mehr Ursache, für die Mittheilungen unseres Gewährsmannes Glauben zu beanspruchen.

Hiermit bezeichne die „Kreuz-Zeitung“ die in ihrem Artikel vom 18. d. M. ausgesprochenen ehrenrührigen Behauptungen als gegen mich gerichtet und giebt mir dadurch die Möglichkeit, den verantwortlichen Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ zu zwingen, diese Behauptungen gerichtlich zu beweisen.

Die „Kreuz-Zeitung“ erklärt sich durch ihren gestrigen Artikel bereit, vor Gericht den Beweis der Wahrheit dafür zu erbringen, daß ich der Helfershelfer der von der „Kreuz-Zeitung“ behaupteten Manipulationen mit Münchener Braubaus-Aktien gewesen sei, daß ich ferner meine Parteigenossen als Schachfiguren in dem Spiel einiger Kapitalisten gegen andere Kapitalisten hin- und hergeschoben habe, und daß ich der Auswucherung von Sozialdemokraten durch Sozialdemokraten schuldig sei.

Das Alles will der Chef-Redakteur der „Kreuz-Zeitung“, der Reichstags-Abgeordnete Freiherr von Hammerstein, vor Gericht beweisen. Gut, er soll die Gelegenheit haben: ich habe heute meinen Rechtsbeistand beauftragt, die Verleumdungsklage gegen ihn einzuleiten.

Berlin, 27. November 1894.

Paul Singer.

Die Wahlen für den Londoner Schulrath,

schreibt uns unser Londoner Korrespondent, haben diesmal unter durchschnittlich doppelt so harter Betheiligung stattgefunden wie vor drei Jahren. Die hochkirchliche Partei hat mit ihrem Zirkular über das Dreieinigkeitsdogma und ihrer oft thörichtlich verbrecherischen Sparsamkeit sich so viel Feinde gemacht, daß sogar verschiedene Tory-Blätter — „Pall Mall Gazette“, „St. James Gazette“ u. — gegen sie Stellung nahmen, andere sie nur sehr lahm verteidigten. Wenn trotzdem eine Mehrheit von „Gemäßigten“ gewählt wurde, so erkens weiß das Schlagwort „Sparsamkeit“ mußte in den Ohren der Masse der großen und kleinen „Shopkeeper“ — zu denen bekanntlich auch sehr viel Staatsmänner, Gelehrte, Künstler, Literaten u. gehören — zweitens weil die Staatskirche mit ihrer Zentralisation einen weitreichenden Einfluß ausübt, und drittens weil, wie schon früher bemerkt, in den Reihen der Reaktionen weniger Stimmenzersplitterung herrscht als in denen ihrer Gegner. Die Zahl der für „Gemäßigte“ abgegebenen Stimmen ist erheblich, um mindestens hunderttausend, geringer als die ihrer Gegner, und doch stehen im neuen Rath 29 Gemäßigte 28 „Progressisten“ gegenüber. Da indeß einige der Ersteren als „unabhängig“ gewählt sind, darf man annehmen, daß es mit der absoluten Herrschaft der Kirchenpartei im Londoner Schulrath vorbei ist. Das letzte Mal standen dort 33 „Gemäßigte“ 22 Progressisten gegenüber.

Die Stärke des sozialistischen und Arbeiterrotums ist schwer zu bemessen. Ein Theil der Sozialisten und Arbeiterführer ging mit den Progressisten und in einigen Bezirken traten die Progressisten mehr oder minder entschieden für die unabhängig von ihnen aufgestellten sozialdemokratischen Arbeiterkandidaturen ein, d. h. für Kandidaten, die von der sozialdemokratischen Föderation aufgestellt und vom Trades Council und der Independent Labour Party unterstützt worden sind. So in N. Marblebone, in Chelsea und in Greenwich, und dort erhielten diese Kandidaten auch ansehnliche Minoritäten, in Marblebone 13 845, in Chelsea 19 855 und in Greenwich 16 638 Stimmen — was, da fast überall Häufungs- — „Plump“ — — Stimmen abgegeben wurden, einer Wählerzahl von 10—12 000 entspricht.

Aber keiner der unabhängig aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten ist gewählt worden, und wo solche im Gegenzug Progressisten kandidirten, war auch ihre Stimmenzahl nur eine mäßige. In zwei Kreisen — Finsbury und Southwark — wären die mit den Progressisten alirirten Sozialisten gewählt worden, wenn es ihnen gelungen wäre, sämtliche sozialdemokratische Stimmen auf sich zu vereinigen. In Hackney wurde der christliche Sozialist Stewart Headlam mit 27 301 Stimmen wieder, der sabianische Sozialist Graham Wallas mit 24 417 Stimmen neugewählt, während die Kandidatin der sozialdemokratischen Föderation und des Trades Council, Miss Rose Jarvis, 6719 Stimmen erhielt. Jetzt, wo die Wahl vorbei, darf ich es wohl aussprechen, daß es mir nicht als gute Taktik erschienen ist, gerade bei der Schulrathswahl Headlam und Wallas sozialdemokratische Gegenkandidaten gegenüber zu stellen, denn Headlam hat sich im Schulrath labellos, und selbst vom sozialdemokratischen Standpunkte aus besser benommen, als z. B. Frau Annie Besant, und was man von der Politik der Fabianer auch sonst halten mag, für den Schulrath war Graham Wallas ein Mann, der seiner Zeit lieber seine sehr gute Lehrerstelle opferte, als das Abendmahl mitzunehmen, ein unansehnlicher Kandidat. Der wäre also eine Art „Gottesfrieden“ unter den Sozialisten gerechtfertigt, und, wie der Ausgang der Wahl gezeigt, auch zweckmäßiger gewesen. Hätte die sozialdemokratische Föderation ihre Mittel und ihre Energie auf solche Kreise konzentriert, wo ihre Kandidaten bessere Chancen hatten, so hätte sie vielleicht doch in Chelsea und Greenwich ihre Kandidaten durchgesetzt.

Im übrigen ist die Frage, ob und inwieweit ein Kompromiß mit den Progressisten durch die Verhältnisse gerechtfertigt war, eine interne Angelegenheit der englischen Sozialdemokratie, in die wir uns nicht einmischen. Hätte es sich nur um die religiöse Frage gehandelt, so war die stritte Unabhängigkeit zweifelsohne die bessere Politik. Aber es stand zugleich die Hebung und Demokratisirung des Unterrichts, die Stellung des Schulraths den Lehrern und Arbeitern gegenüber in Frage, und da die Progressisten in diesen Punkten ein gutes Programm, die meisten von ihnen auch eine gute Vergangenheit hinter sich hatten, erklärt es sich, daß viele Sozialisten und, wie der Ausgang der Wahl gezeigt hat, auch die Masse der Arbeiter ein Zusammengehen mit ihnen für zweckmäßig erachteten. Selbst den Tadel von der Independent Labour Party erließ am Vorabend der Wahl einen Ausruf für die Progressisten. Mit seiner gewohnten Behemung trat John Burns für den Kompromißkandidaten ein, und der Erfolg hat ihm in seinem Distrikt — West Lambeth — Recht gegeben: Die Kompromiß-Kandidaten siegten mit durchschnittlich 45 000, die Sozialdemokraten erhielten im Durchschnitt 2700 Stimmen. Aber es ist zu bedauern, daß er in seiner vehemementen

Art Ausfälle gegen die Letzteren nicht zu unterdrücken gewußt hat, die den Riß zwischen ihm und seinen früheren Kampfgenossen noch erweitert haben.

Die Niederlage der Liberalen bei der Nachwahl in Forfarshire wird auf lokale Zwistigkeiten im Schooße der Partei und das sehr radikale Programm ihres unionistischen Gegners zurückgeführt, der, von Homerule und der Lordsfrage abgesehen, in Versprechung schöner Dinge die Liberalen noch um etliche Nasenlängen zurückließ. Das würde indeß wohl schwerlich viel ausgemacht haben, wenn es im liberalen Lager sonst gesund ausgesehen hätte. Eine Partei, die große Schätze austheilen, einen Feldzug, wie den jetzt gegen die Lords unternommenen, durchführen will, darf sich nicht alle Augenblicke noch innere Konflikte leisten lassen. Wenn die es dennoch kann, so desto schlimmer für den angekündigten Feldzug.

Soziale Ueberblick.

Die Versammlung der Verbände deutscher Orts-Krankenkassen hat am 25. d. M. in Frankfurt a. M. getagt. Anwesend waren Delegirte aus allen Theilen Deutschlands. Der Entwurf der Statutenberathungs-Kommission wurde mit geringen Änderungen angenommen. Zum Vorsitzenden des Zentralverbandes wurde Schaeffberger-Wiesbaden gewählt, als Vorort Wiesbaden bestimmt. Als Organ des Zentralverbandes wurde die in Berlin erscheinende Zeitschrift: „Die Arbeiter-Versorgung“ bestimmt.

Auf Antrag Rißche-Oera wurde alsdann folgende Resolution angenommen: „Der Verbandstag der deutschen Orts-Krankenkassen zu Frankfurt a. M. am 25. November 1894 erkennt die Nothwendigkeit der Umänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes vom 6. Juli 1884 namentlich in bezug auf die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Orts-Krankenkassen an. Es empfiehlt sich deshalb vortheilhaft zu werden, daß bei den Beratungen der Novelle möglichst der Vorstand der Deutschen Orts-Krankenkassen gutachtlich gebildet werde, um sich hierüber zu äußern und eventuell Anträge stellen zu können.“ Ferner wird angenommen, daß von dem Vorsitzenden vertretene Antrag des Ausschusses der freien Vereinigung von Krankenkassen im Regierungsbezirk Wiesbaden, eine weitere Eingabe an die Reichsregierung zu machen, um Herabsetzung der Rücklagen in den Reserfonds der Krankenkassen von 10 auf 5 pCt. der Beiträge. Zum Schluß wird Leipzig als Versammlungsort für das nächste Jahr erwählt, und alsdann nach 8 Uhr die Versammlung durch den Vorsitzenden mit dem Dank an die Anwesenden und dem Wunsch, daß das angefangene große Werk blühen und gedeihen möge, geschlossen.

Besteuerung der Konsumvereine. In Sachen der Konsumvereine hat das Ober-Verwaltungsgericht in einem Spezialfall in Breslau eine bedeutsame Entscheidung getroffen, worüber die „Breslauer Zeitung“ berichtet: Die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung richtete auf Grund eines im Sommer vorigen Jahres gefaßten Beschlusses an den Magistrat das Ersuchen, bei dem Finanzminister die Heranziehung des hiesigen Konsumvereins, der mehr als 30 000 Mitglieder zählt, zur Einkommensteuer zu beantragen. Diefem Ersuchen lam der Magistrat nach. Der Minister verfügte die Besteuerung des Vereins, worauf dessen Veranlagung erfolgte. Die gegen diese Veranlagung erfolgte Reklamation wurde von der Einkommensteuer-Einschätzungskommission zurückgewiesen. Dagegen erklärte die Einkommensteuer-Berufungs-Kommission den Verein für nicht einkommensteuerpflichtig. Diefelbe Steuerbehörde legte jedoch, in Verfolg der erwähnten ministeriellen Verfügung, gegen ihr eigenes Urtheil Beschwerde beim Ober-Verwaltungsgericht ein. Diefes höchste Instanz für derartige Steuerangelegenheiten verwarf nun die Beschwerde und verfügte die Freilassung des Konsumvereins von der Einkommensteuer, da der die Rechte einer juristischen Person nicht besitzende Verein lediglich eine Personenmehrheit darstelle.

Ein Kampf um billigeres Brot ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika entbrannt. Der Preis von Weizen und von Weizenmehl ist in der letzten Zeit derart gefallen, daß das Ackerbau-Departement in Washington sich veranlaßt sah, auf diese Thatsache hinzuweisen, um die Brotproduzenten des Landes zu veranlassen, den Preis für ihr Produkt herabzusetzen. In einigen Städten haben denn auch die Bäcker Einsicht genug gehabt, sich nicht erst durch eine Volksbewegung zur Herabsetzung des Brotpreises zwingen zu lassen, indem sie ohne weiteres ihr Brot billiger verkauften. In New-York und Umgegend aber scheinen die Bäcker, klein und groß, der Meinung zu sein, daß sie auf die Masse des Volkes keine Rücksicht zu nehmen haben. Sie nehmen, trotzdem der Preis des Weizens und des Mehls unter die Hälfte des früheren Preises gesunken ist, immer noch den alten Preis von 5 Cents für den Laib Brot, und stellen in dieser Weise einen Profit ein, der den früheren um das Doppelte und Dreifache übersteigt. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß die Bäckereien bei dem gleichen Profit wie früher den Laib Brot, für den jetzt 5 Cents gezahlt werden, um 2/3 bis 2/5 Cents geben können. Aber die Bäcker sträuben sich gegen jede Preisherabsetzung. Wenn es sich um eine Vohreduktion ihrer Arbeiter handeln würde, wären sie sicherlich eher bei der Hand. Selbst die in anbetrach der Umstände so geringfügige Preisreduktion von 5 auf 4 Cents pro Laib findet den größten Widerstand in den Kreisen der Interessenten. Unser New-Yorker Partei-Organ fordert die Arbeiterschaft auf, die Bäcker zur Preisherabsetzung zu zwingen (wobei zweifellos ein Boykott ins Auge gefaßt ist) und bemerkt dazu: „Man wende nicht ein, daß es nicht der Mühe werth wäre, einen Kampf zu beginnen, der sich nur auf Reduktion des Preises für ein einzelnes Lebensmittel bezieht. Die so argumentiren, sollten bedenken, daß es bei den jetzigen schlechten Zeiten tausende von Arbeiterfamilien giebt, die nur von Brot und Kaffee leben, und daß der heranrückende Winter die Zahl dieser Familien um Tausende vermehren wird. Da kommt es allerdings in Betracht, ob das Brot 5 oder bloß 3 Cents kostet, und die Herabsetzung des Preises auf 3 Cents ist möglich, wenn die Arbeiter nur wollen.“

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Hannover, 27. November. Die der „Hannoversche Courier“ meldet, ist der Reichstags-Abgeordnete Leuß auf Verfürgung der Oberstaatsanwaltschaft in Celle wegen Verdachtes des Meineides wieder verhaftet worden.

Troppau, 27. November. Der Bergarbeiterstreik in Petersburg ist beendet.

Sofia, 27. November. Die Regierung brachte in der Sobranje einen Gesetzentwurf ein, durch welchen alle auf die Presse bezüglichen Sondergesetze sowie sämtliche die Presse einschneidenden Verfügungen aufgehoben werden.

(Telegraphen-Bureau Herald.)

Wien, 27. November. In hiesigen informirten Kreisen wird bestätigt, daß eine endgültige Lösung der ungarischen Krise erst nach der Erledigung des Budgets erfolgen werde. Der Kaiser wird sich dann persönlich nach Budapest begeben und mit den dortigen leitenden parlamentarischen Persönlichkeiten in Verbindung treten, damit die Lösung der Krisis, in welcher Form sie auch geschehe, ohne Rückwirkung auf das Parlament erfolgen kann.

Budapest, 27. November. Die hiesige Baumwoll-Aktien-Spinnerei brannte heute Vormittag nieder. Der Schaden beläuft sich auf 400 000 Gulden.

Lissabon, 27. November. Die Kammer hat das Bureau zu einer Verschärfung der Kammerreglementen anläßlich der wiederholten stürmischen Kundgebungen ermächtigt.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

„Lasset die Kindlein zu mir kommen.“

Ueber die gewerbliche Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder bringt die „Pädagogische Zeitung“ einen sehr beachtenswerthen Aufsatz. Der Verfasser, Konrad Agard, bespricht darin die Ergebnisse einer Umfrage, die er in sämtlichen evangelischen Knabenschulen eines von ihm nicht genannten, aber als „Arbeiterrevier Berlins“ (Niddor?) bezeichneten Ortschaft auf eigene Faust veranstaltet hat. Er sagt, er habe diese schwierige, aber wichtige Arbeit, die bisher nur von den Schulverwaltungen in Stettin, Hamburg, Gera, Altenburg, Aachen und Leipzig ausgeführt worden sei, der Schulverwaltung des betreffenden Vorortes, die dazu wohl keine Zeit habe, abnehmen wollen. Die Erhebungen seien im September abgeschlossen worden; für den Winter empfehle er eine Wiederholung, die ein ganz anderes Bild ergeben könnte. Ueber Art der Beschäftigung und Zahl der Beschäftigten wurde ermittelt, daß unter 3267 Knaben 600 gewerblich Nebenbeschäftigte waren, d. h. solche, die durch regelmäßige Arbeit Geld verdienen, und zwar 121 Semmelbäcker, 63 Zeitungsjungen, 104 Regelfungen, 62 Laufburschen, 24 in Fabriken und Werkstätten (Schlichter, Schrauben-, Feder-, Feitschen-, Knopfmacher, Tabakspinner etc.), 56 Luchtknüpfer, 170 sonstig Beschäftigte (Polsterer, Messerbretter, Weber, Spuler, Rinn- und Pumpensammler, Karoussellschieber, Wagensammler, Kravattennäher, Kranzbinder, Bierabzieher, Kellner, Milchträger, Blumenverkäufer, Schachhüter etc.). Es befanden sich in den einzelnen Klassen

	Kinder überhaupt	davon nebenbeschäftigt	Prozent (rund)
KL. I.	357	104	29
II.	405	106	26 2/3
III.	600	131	22
IV.	580	122	21
V.	664	119	18
VI.	661	16	2 1/2

Das Alter stand in Kl. II. bei 76 von 108 Nebenbeschäftigten „III. u. IV.“ 113 „253“ „V. u. VI.“ 50 „135“ über dem Durchschnittsalter der betreffenden Stufe. Im Ganzen stand also bei 299 von 496 Nebenbeschäftigten der Klassen II—VI, d. h. bei 48 pCt., das Alter über dem Durchschnitt, womit aber (sagt der Verfasser des Aufsatzes hinzu) nicht gefogt werden soll, daß allein die Beschäftigung daran schuld war.“ Allerdings braucht die Nebenbeschäftigung nicht die einzige Ursache dieser Erscheinung zu sein, aber man darf sie wenigstens als wichtigste Ursache annehmen. Die anderen Ursachen, aus denen ein Kind ein für die betreffende Stufe zu hohes Alter haben kann, also späte Einschulung, häufige Umschulung, Krankheit, Schwächen, Faulheit, Beschränktheit u. s. w., kommen für alle Kinder, ob sie nebenbeschäftigt sind oder nicht, im allgemeinen in gleicher Weise in Betracht, von Zufälligkeiten natürlich abgesehen. Das „Durchschnittsalter“ kommt ja auch bereits unter dem Einfluß aller dieser Momente zu stande. Wenn das Alter eines beträchtlichen Theiles der Nebenbeschäftigten hierüber noch hinausgeht, so bleibt wirklich nur übrig, eben die Nebenbeschäftigung als Hauptursache anzusehen und auch eine etwas bei den Nebenbeschäftigten wahrgenommene größere Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs oder einen höheren Grad von Trägheit, Unaufmerksamkeit, Stupidität u. s. w. hauptsächlich darauf zurückzuführen. Bemerkenswerth ist übrigens die Steigerung, die sich ergibt, wenn man den Prozentsatz der für ihre Stufe zu alten Kinder unter den Nebenbeschäftigten für jede Stufe einzeln berechnet. Er war in der Oberstufe 70 1/2, in der Mittelstufe 44 2/3, in der Unterstufe 37 pCt. Die Zahl der Zurückbleibenden wird auch bei der Gesamtheit der Kinder mit jeder höheren Klasse größer, aber sie wächst bei den Nebenbeschäftigten augenscheinlich in viel stärkerem Maße. Die ermittelte Dauer der Beschäftigung läßt das sehr begreiflich erscheinen: Es arbeiteten die Semmelbäcker Wochentags von 3 1/2—6 1/2 Uhr, Morgens natürlich, (ein Junge hatte 32 Kunden und stieg in 21 Häusern 52 Treppen, einige wurden Sonntags nachher noch bis 5 Stunden in der Bäckerei beschäftigt), die Zeitungsjungen täglich 1—4 Stunden, „berufsmäßige“ Regelfungen 3 Stunden täglich, bis 10 und 12 Uhr oder bis spät nach Mitternacht, ausnahmsweise bis 3 Uhr Morgens, Blumenverkäufer, Geschirrabträger u. s. w. bis Mitternacht. Manche trugen Morgens Semmeln aus und setzten Abends Regel auf. Ein Knabe drehte von 2—9 Uhr Abends die Teigwalze, mußte aber die Arbeit aufgeben, weil er's „nicht mehr aushalten konnte“. Als Bezahlung erhielten Semmelbäcker pro Monat 2—6 M., nebst Frühstück, Milchträger pro Monat 2—3 M., Zeitungsträger 4—4.50 M., Regelfungen pro Stunde 20 Pfennig oder Trinkgelder, Maximalverdienst 9 M. pro Woche, Luchtknüpfer 30 Pf., bis 1.50 M. pro Duzend nach Größe, d. h. stündlich 6 Pf. Gut verdient wurde nur im Blumenhandel, (Angaben fehlen.) Verwendet wurde das Geld im Haushalt, auf der Oberstufe auch zur Einsegnung. Die Eltern lebten noch bei 523 Nebenbeschäftigten (67 1/2 pCt.); 68 waren Halbwaifen (11 1/3 pCt.) und nur 7 Vollwaifen (etwa 1 pCt.). Als Wirkung der Nebenbeschäftigung wird Mattigkeit, Schläffigkeit, Zerfahrenheit, Unpünktlichkeit und Unfleiß angegeben; unregelmäßiger Schulbesuch wurde bei 8 1/3 pCt. nachgewiesen. Der Verfasser, der für seine Arbeit Dank verdient, auch wenn man nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimmen kann, knüpft an diese Zahlen eine Reihe von Forderungen, vor allem verlangt er Veranstaltung statistischer Aufnahmen durch die Schulbehörden. Er sieht damit nicht allein unter der Lehrerschaft da. Diefelbe Forderung hat gerade jetzt der „Berliner Lehrerverein“ aufgestellt, der in seiner letzten Sitzung über „die Schädigung des Schulunterrichts durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit“ verhandelte. Rektor Wandt theilte in seinem Vortrage über dieses Thema die Ergebnisse einer in Berlin gleichfalls privatim veranstalteten Umfrage mit. In der 162. Gemeindegemeinschaft (Danzigerstraße) wurden von 718 Knaben der Klassen I—IV 114 (16 pCt.) nebenbeschäftigt, und zwar 54 als Semmel-, Milch- oder Zeitungsträger, 32 als Regelfungen, Bierabzieher etc., 28 in der Hausindustrie. Von den 54, die Morgens von 4—7 Nachmittags etc. austragen, waren 12 noch Nachmittags beschäftigt, im ganzen 7—10 Stunden, neben der Schule. Der Prozentsatz der Beschäftigten war in der 3. Klasse am höchsten. Hierzu bemerkte der Lehrer Golling von der Straßenschool Pflögensee, daß von den eingelieferten Knaben wenige über die 3. Klasse hinausgekommen seien, daß ihr Vergehen in der Regel

mit dieser Nebenbeschäftigung zusammenhänge, und daß die meisten vor Erbe der Schulzeit dispensirt seien. Eine ähnlich niedrige Stufe der Schulbildung ließe sich, davon sind wir überzeugt, überall für die „verwahrloste“ Jugend und auch für den größten Theil der „Gewohnheitsverbrecher“ nachweisen. Für die Insassen des Zuchthauses Moabit haben wir diesen Nachweis bereits vor längerer Zeit gebracht. Aber unseren Lesern wird überhaupt mit allen diesen Ausführungen nichts Neues gesagt. Alles das ist an dieser Stelle schon hundertmal gesagt worden; aber es wurde von der bürgerlichen Presse und ihren Organen entweder todtgeschwiegen oder als Uebertreibung, wenn nicht als Erfindung bezeichnet. Wir erwarten auch von den Warnungsrufen der Lehrer nicht eine Besserung dieser Zustände. Möglich, daß sich noch einige andere Schulverwaltungen zur Aufnahme einer solchen Statistik herbeilassen. Vielleicht thut sogar die Berliner städtische Schuldeputation dem Berliner Lehrerverein die Ehre an, sich durch seine Resolution dazu bestimmen zu lassen, — damit hinterher hier, wie anderwärts und überall alles beim Alten bleibt. Die vollständige Beseitigung der Kinderarbeit, wer wollte die von einer nach kapitalistischen Grundsätzen „geordneten“ Gesellschaft erwarten? Die Eltern, die oft trotz angestrengter eigener Thätigkeit den Verdienst ihrer Kinder nicht entbehren können, wenn sie nicht mit ihnen zusammen Noth leiden wollen, würden dagegen ebenso heftig protestieren, wie die Arbeitgeber, die bei der Beschäftigung von Kindern Lohn sparen. Die verderbliche Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft steht und fällt mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Tokales.

Was ist der Zweck des Boykotts? O, ihr abscheulichen Sozialdemokraten, ihr seid jetzt erkannt! . . . Der ganze mit dem Boykott beabsichtigte Zweck zeigt sich darin, durch den Boykott die Entwicklung der Großbetriebe aufzuhalten und diejenigen mittleren und kleineren Brauereien, welche sich der Sozialdemokratie unterwerfen, künstlich existenzfähig zu machen; um mit ihnen so viel als möglich sozialdemokratische Geschäfte betreiben zu können.“ Von wem diese fundamentale Weisheit ausgeht, verräth der Artikelschreiber, dessen Schmerzensschrei zunächst ein Echo nur in der „Ag. Br. und D.-Ztg.“ und im „Schwab. Bierbrauer“ gefunden hat, durch den verächtlichen Hinweis auf die „ehrlüche Konkurrenz“, der die verfluchten Ketten angeblich die Andern unterbunden haben sollen.

Es ist ja daran nichts mehr zu ändern: durch den Boykott wird also die Entwicklung des Großbetriebes in der Brauindustrie aufgehalten — denn sonst wird doch das Preßbureau des Ringes nicht mit solchen Nachrichten kommen. Aber nicht so ganz nebenbei dabei ist, daß dieser Vorwurf das schnurgerade Gegenheil von dem Geschrei bedeutet, das uns sonst in allen Variationen aus dem Chor der Ringorgane entgegenläßt. Ist nicht die boykottantende Sozialdemokratie gerade aus Schärfe angegriffen, weil es ja unzweifelhaft feststand, daß die Triebfeder ihres Handelns nur die sei, durch den Boykott die Mittel- und Kleingewerbe zu vernichten, das Kleingewerbe zu ruinieren? Gewiß ein bemerkenswerthes Zeichen, wie der Kampf gegen die Arbeiterschaft geführt wird. Die Sippe paukt blind darauf los, ohne sich darüber klar zu sein, daß man bei einem solchen Segner doch halbwegs logisch vorgehen muß.

Unser „ehrlücher Konkurrent“ schließt seinen Sermon pathetisch: . . . in der Benutzung des Boykotts (im Konkurrenzkampf) besonders (!) durch die sozialdemokratische Partei mit dem blind ergebnen Anhang einer urtheilslosen Volksmasse liegt der verworfliche, rechtlich wie moralisch nicht zu rechtfertigende Zwang, der die ehrlüche Konkurrenz unmöglich macht und darum auf die Entwicklung der Industrie von schädlicher Wirkung sein muß.“

Mit den Deuten vom Ringe über ehrlüche Konkurrenz zu streiten, ist denn doch wohl ebenso überflüssig, wie die Arbeit, zum 1001. Male nachzuweisen, daß die Berliner Arbeiter gezwungen in diesen für sie nur ehrenvollen Kampf eingetreten sind.

Daß der Verfasser mit seinen Ausführungen den Zweck des Boykotts glaubhaft nachgewiesen hat, ist ohne weiteres zu verneinen; mit uns wird das ganze, nicht an den Aktien des Berliner Ringes interessirte Publikum diesen wüthenden Ausfall nur als Beweis dafür ansehen, daß man „da drüben“ in sehr laienjämmerlicher Stimmung ist.

Der böse Boykott. Aus dem Bericht über die am Montag abgehaltene Generalversammlung der Spandauer Bergbrauerei: Die Direktion theilte auf Anfrage von Aktionären, ob die schlechten Verhältnisse und unbedingender Abfall im Brauergewerbe fortbauere, mit, daß es nicht wegzuleugnen sei, daß die betreffenden Brauereien unter dem Bierboykott zu leiden haben. Die Arbeiter sind an das bayerische Bier gewöhnt, und so lange die Berrusselklärungen anhalten, wird wohl schwerlich an eine Steigerung des Abfalls zu denken sein.

Was schrien doch die Ringbier-Agenten monatelang in die Welt hinaus? Der Boykott wirkt nicht!

Herr Säger, der Wirth der Konkordia-Festhalle seltsam Angedenken, setzt die Welt davon in Kenntniß, daß er auch noch da ist. Im „Lokal-Anzeiger“ annouciert er mit Trauerrand groß und breit:

Den unlauteren Gerüchten gegenüber, wonach ich mein Geschäft vom 1. Januar 1895 aufgeben soll, erkläre hiermit, daß ich dasselbe nach wie vor in unveränderter Weise fortführen werde. Ich empfehle daher u. s. w.

Diese Erklärung wird von dem Obermeister der Bäckereiarbeit Konkordia wohlwollend bestätigt.

Wenn sich nun das bürgerliche Publikum nicht erweichen läßt, was hilft dann noch?

Zur Lokalliste. Trebesius, Straßunderstr. 41, ist von der Liste zu streichen; derselbe schänkt Bier aus der Moabiter Brauerei. Gahmann, Veteranenstr. 9, schänkt nur ringsreies Bier.

Die preussische Miethsgesetz-Novelle bringt dem armen Miethschuldner durchaus nicht die Erleichterungen, die sie bezwecken sollte. Bekanntlich hat man durch sie dem Vermieter das Recht entzogen, dem Miethschuldner unentbehrliche Sachen zu pfänden, mit Ausnahme derjenigen, deren Pfändung die Zivil-Prozessordnung gestattet. Eine wenig rühmlichwerthe Praxis hat sich in unserem lieben Berlin herausgebildet, die dahin geht, den armen Leuten, welche ermittelt werden, die scheinbaren Wohlthaten der Novelle zu nehmen. Will nämlich ein solcher, indem er sich auf das neue Gesetz stützt, die unentbehrlichen Sachen

fortbringen, so ist der Hauswirth und zu dessen Beistand die Polizei zur Stelle, und dem Miether wird anheimgegeben, die Sachen nur ruhig da zu lassen. Man bedeutet ihm, er möge sein vermeintliches Recht auf die Sachen beim Gericht geltend machen, der Polizei stände kein Urtheil darüber zu, was der Ermittelte mitnehmen dürfe. Dem Miethschuldner ist somit im Grunde gegen früher nicht geholfen, vor Allem, da bis zur Entscheidung der eventuell beim Gericht anhängig gemachten Klage drei bis vier Wochen vergehen. Nun hat der Miether allerdings die Möglichkeit, in zwei bis drei Tagen eine vorläufige richterliche Verfügung zu erlangen, welche die Herausgabe der einbehaltenen Sachen anordnet; Voraussetzung ist dafür die Vebingung der nothwendigen eidesstattlichen Versicherungen. Das ist jedoch meistens ein sehr fragwürdiger oder vielmehr gar kein Vortheil für den Betroffenen, denn fast immer wird die Vollstreckbarkeit der Vollführung von der Hinterlegung eines entsprechenden Geldbetrages abhängig gemacht. Das Geforderte hat der Arme natürlich nicht zur Verfügung, er hätte sich sonst wohl nicht ermitteln lassen brauchen. Der Hauspacha, der selbstverständlich das von ihm begangene Unrecht kennt, verläßt sich mit ganz bestimmter Absicht auf die Hindernisse, die sich dem Hinausgeworfenen bei der Erlangung seines Rechts in den Weg stellen: auf die Kosten und auf die Dauer des Verfahrens. Die Vorenthaltung der nothwendigen Gegenstände, deren der Arme mit seiner Familie durchaus bedarf, soll ihn zwingen, das zur Tilgung seiner Schulden nöthige Geld irgendwie auszubringen.

Folgender Fall diene zur Illustration: Am 2. November vertrieb ein mittelblöser Hausbesitzer einen Miether aus der innegehabten Wohnung, weil derselbe die Miete für den vorausgegangenen Monat schuldete; sämtliche Sachen wurden dem Hinausgeworfenen einbehalten. Obgleich dieser noch an demselben Tage eine Klage auf Herausgabe der nothwendigsten Möbelstücke, Betten und Küchengeräthe anstregte und, indem er seine traurige Lage darlegte, um einen schleunigen Termin bat, setzte die 65. Abtheilung des Amtsgerichts I erst einen solchen auf den 29. November an. Zum Glück half ein Wohlthätigkeitsverein dem bedrängten Manne und bezahlte für ihn die rückständige Miete, so daß er vor dem sonst unausbleiblichen Ruin bewahrt wurde. Auch eine hier in Frage kommende, an sich sehr günstige Entscheidung des Reichsgerichts nützt dem hilflosen Miether nichts oder vertheilt wenig, wenn er erst einmal durch das Verhalten des Hauswirthes zu Grunde gerichtet ist. Jene Entscheidung, am 5. Februar 1894 vom 6. Zivilsenat gefällt, bestimmt, daß der Vermieter im Gebiete des Preussischen Allgemeinen Landrechts dem Miether für den Schaden haftet, der letzterem durch die rechtswidrige Ausübung des Pfand- und Retentionsrechtes erwuchs. Wirkliche Abhilfe ist nur dadurch möglich, daß die Gerichte angewiesen werden, etwaige Klagen von ermittirten Mietern auf Freigabe der vom Vermieter gepfändeten unentbehrlichen Sachen in kürzester Zeit, etwa binnen 24 Stunden, zur Verhandlung zu bringen. — Am allerbesten hilft sich derjenige selbst, vor dem als drohendes Gespenst die Exekution steht; es ist sein Recht, der Einbehaltung der unentbehrlichen Sachen durch deren möglichst schnelle Entfernung vorzubeugen. Auf ein Reskonde mit der Polizei sich einzulassen, ist jedoch niemandem zu rathen.

Verfäße, welche sich Unternehmer zum Nachtheil der Arbeiter gegen die sog. sozialpolitischen und Arbeiterschutzgesetze zu schulden kommen lassen, scheinen von unsern Justizbehörden zum Theil mit einer Sanftmuth beurtheilt zu werden, die gar seltsam mit der Schneidigkeit kontrastirt, welche behördlicherseits Proletariern gegenüber oft an den Tag gelegt wird. Der siebzigjährige Arbeiter A. war über ein Jahr bei dem Tischlermeister D. beschäftigt. Ende vorigen Jahres war es mit der Arbeit zu Ende, weil über das Geschäft des Meisters der Konkurs verhängt worden war. Dem Greise, der sich mit den Einrichtungen unserer Altersversicherung nur wenig vertraut gemacht hatte, wurde einige Zeit nach der erfolgten Entlassung die Versicherungsart in Haus geschickt und nun entbarte er erst, daß die Einklebung von nicht weniger als 61 Markten unterblieben war. Dieser fatale Umstand war für den alten Arbeiter natürlich von großer Bedeutung. Er wandte sich an's Polizeipräsidium und dieses richtete an den Tischlermeister die Aufforderung, seinen Verpflichtungen dem Arbeiter gegenüber nachzukommen. D. kümmerte sich aber den Zweifel um diese Verfügung und es blieb dem Arbeiter daher nichts übrig, als auf dem Bureau der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Hilfe zu suchen. Hier wurde ihm denn auch der weise Rath ertheilt, die fehlenden Markten aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen! Inzwischen hatte der Arbeiter aber auch in der Erkenntniß, daß die Handlungsweise seines früheren Meisters die Grenzen des in einem geordneten Staatswesen Erlaubten ziemlich weit überschritten habe, gegen diesen bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

Die Antwort des Staatsanwalts traf vor kurzem ein und sie lautete zur großen Verwunderung des betrogenen Greises wie folgt:

„Auf Ihren Strafantrag vom 10. September 1894 gegen den Tischlermeister Karl D. wegen Betrages eröffne ich Ihnen, daß ich gegen denselben nicht einschreite, da nicht zu erweisen ist, daß die unterbliebene Einklebung der 61 Markten vierter Lohnklasse der Versicherungsanstalt Berlin auf die Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, zurückzuführen, vielmehr anscheinend lediglich aus Unachtsamkeit des p. D. unterblieben ist. Der Thatbestand einer strafbaren Handlung liegt somit nicht vor.“

Soweit wir uns entsinnen, hat die Staatsanwaltschaft im Musterstaate Preußen noch niemals straflose Unachtsamkeit als vorliegend angenommen, wenn politisch oder gewerkschaftlich organisirte Arbeiter sich einmal unverfehens in den Fußangeln unserer bewunderungswürdigen Vereins- und Versammlungs-Versorgung verirrt hatten.

Die Spielplatzfrage, die in Berlin, in Folge eines nur mäßigen Interesses der städtischen Verwaltung für diese Angelegenheit, seit einer Reihe von Jahren ziemlich ins Stocken geraten war und zuletzt nur noch von einigen Vereinen, mehr theoretisch als praktisch, behandelt wurde, soll jetzt endlich wieder um einen Schritt vorwärts kommen. Der Magistrat will den Kuratorium für das städtische Turnwesen vom 1. April 1895 ab vier unbesetzte städtische Grundstücke unter Vorbehalt des Widerrufs zur Benutzung als öffentliche Spiel- und Eisbahnplätze überweisen und ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung. Nach den Ausführungen, die der Stadtverordnete Schwabe im Februar dieses Jahres auf dem in Berlin abgehaltenen „Ersten deutschen Kongress für Jugend- und Volksspiele“ gemacht hatte, muß das überraschen. Seine im Auftrage der Stadt ab-

gegebene Versicherung, daß die Gemeindeverwaltung die Jugendspiele fördern werde, daß aber Spielplätze Geld kosten, klang nicht sehr überzeugend. Wie lange eigentlich die Berliner Gemeindeverwaltung schon die Jugendspiele „fördert“ und mit der Schaffung öffentlicher Spielplätze beschäftigt ist, wissen wir nicht genau. Aber es ist jedenfalls schon sehr lange, mindestens ein Vierteljahrhundert. Auch über die Frage der Verwendung der Gemeindefürsorge als Spielplätze wird schon mindestens ebenso lange debattiert, ohne daß man bisher von der Stelle gekommen wäre. Als der Magistrat 1868 eine Vorlage in betreff eines Spielplatzes im „Eichbusch“ vor dem Salschischen Thor machte, erklärte die Stadtverordneten-Versammlung, sie wüßte die Jugendspiele möglichst schnell noch in demselben Jahre ins Leben gerufen zu sehen, sie glaube jedoch, daß, wenn die Jugendspiele gedeihen sollten, denselben auch innerhalb der Stadt Vorlauf geleistet werden müsse; sie ersuche daher, auf einen ähnlichen Beschluß vom Jahre 1867 zurückkommend, den Magistrat, von der angebotenen Thätigkeit des Vereins für Familien- und Volkserziehung hinsichtlich der Arrangierung von Jugendspielen auf den Gemeinde-Schulhöfen Gebrauch zu machen. Verwirklicht wurde diese Idee, so viel wir wissen, erst 1883, aber auch nur in allerbescheidenstem Umfange. Versuchsweise wurden drei Höfe für Spiele unter Aufsicht technischer Lehrerinnen hergegeben. Im Bericht der Schuldeputation für 1884/85 heißt es dann, man beabsichtige zunächst nur eine Fortsetzung dieses bescheidenen Versuchs, von dessen weiterem Ausfall es abhängen werde, ob die Einrichtung noch an anderen Schulen getroffen werden solle; die bisherigen Resultate seien recht günstig. Trotzdem ist es bis auf den heutigen Tag bei den drei Höfen geblieben. Einige Jahre später tauchte zwar in den Berichten der Schuldeputation die Bemerkung auf, eine Verallgemeinerung der Einrichtung sei beabsichtigt und solle allmählig durchgeführt werden. Aber über diese Ankündigung ist man einweilen nicht hinausgekommen. Unsere Leser werden sich erinnern (vgl. den Artikel in Nr. 234), daß die Ankündigung in den Berichten mehrerer aufeinanderfolgender Jahre beinahe in genau demselben Wortlaut wiederholt ist und auch noch in dem neuesten Bericht über 1893/94 paradiert, — ein bezeichnendes Zeugnis, für die eigenartige „Energie“, mit der unsere Gemeindeverwaltung solche Bestrebungen „fördert“. Das halbe Duzend in Parkanlagen belegener Spielplätze, das die Stadt gegenwärtig der erholungsbedürftigen Jugend zur Verfügung stellt, reicht selbstverständlich nicht aus, um dem Bedürfnis zu genügen.

Die Ferien der Berliner Gemeindegemeinschaften sind für das Jahr 1895 folgendermaßen festgesetzt: Osterferien: 6. April bis 22. April; Pfingstferien: 31. Mai bis 7. Juni; Sommerferien: 5. Juli bis 8. August; Herbstferien: 23. September bis 10. Oktober; Weihnachtferien: 21. Dezember bis 6. Januar 1896. Der Schluß der Schule vor den Ferien wird an den vorstehend bezeichneten Anhangstagen jedesmal nach Beendigung der gewöhnlichen Unterrichtsstunden oder der Jenfurverteilung erfolgen.

Die Sommerferien der Berliner Gemeindegemeinschaften werden also doch nicht verlängert. Im Jahre 1895 werden sie, wie aus vorstehenden Angaben ersichtlich, wieder nur einen Monat, von Freitag, 5. Juli bis Montag, 5. August dauern. Auf die wenigen besser Situierten, die ihre Kinder in eine Gemeindegemeinschaft schicken und mit ihnen fünf statt vier Wochen zu verreisen wünschen, ist also einmal keine Rücksicht genommen worden; wohl deshalb, weil die Schuldeputation der Ansicht ist, daß es bei dem bisherigen Unus, solche Kinder einfach erst 8 Tage später zur Schule zu schicken, verbleiben kann.

Vom Hausirhandel mit Lebensmitteln in den Straßen Berlins wird im neuesten Verwaltungsbericht über die Markthallen gesagt, er sei zwar für die Großstadt an und für sich unentbehrlich, habe jedoch in den letzten Jahren in den die Markthallen umgebenden Straßen einen solchen Umfang angenommen, daß er bereits die Rentabilität der Detail-Markthallen beeinträchtigt. Viele von den Kleinhändlern aus den Hallen trieben jetzt selbst den Hausirhandel in der Nähe der Hallen und hielten das Publikum gerade vom Besuche derselben ab und machten so den Standinhabern eine erhebliche Konkurrenz. Im Interesse der Standinhaber sei es sehr zu wünschen, daß der Hausirhandel wenigstens aus der unmittelbaren Nähe der Hallen fortgewiesen würde. Das soll vermutlich ein Ziel für die Polizei sein. Dann wird diese wohl auch bald zu der Ansicht kommen, daß der Hausirhandel in zu großer Nähe der Hallen „Unzuträglichkeiten“ hervorruft. Ueber die Ursachen, die dem Auszug vieler Kleinhändler aus den Hallen zu Grunde liegen könnten, scheint sich der Verfasser des Berichtes keine Gedanken gemacht zu haben. Bessere Geschäfte als in den Markthallen können doch auf den Straßen auch nicht zu machen sein, und angenehmer ist der Straßenhandel erst recht nicht. Aber den Kleinhändlern, die sich aus den Hallen auf die Straße hinausgezogen haben, ist augenscheinlich das Standgeld zu theuer geworden. Aus will scheinen, als ob auch in diesem Verabreichen des Standinhabers zum Straßenhändler ein Zeichen der Zeit zu erblicken sei.

Auch ein Fortschritt! Ja, wir leben wirklich in der Zeit des Fortschritts, das ist keine Frage. Ein Berliner Geschäftsmann ist auf die Idee gekommen, den Landwirthen seine Ferngläser mit dem Bemerkten zu empfehlen, daß sie „unbemerkte Ueberwachung der Feldarbeit“ von weiter Ferne aus ermöglichen. Jetzt fehlt bloß noch, daß die Landwirthe ihren Arbeitern ein transportables Telephon mit aufs Feld geben, damit sie sich nicht einmal zu ihnen zu bemühen brauchen, wenn sie sie anfragen wollen. Da sage noch einer, daß die Erfindungen nicht dazu beitragen, den Menschen die „Arbeit“ zu erleichtern! — nota bene: den Arbeitgeber natürlich; denn Arbeiter rechnet ein rechter Großgrundbesitzer überhaupt nicht zu den Menschen, die Anspruch auf Erleichterung haben.

Die Inhaber der Knochenmühle in der Greifswalderstraße haben uns gestern mit einer Zuschrift beehrt, welche wir, trotzdem sie erklärlicher Weise nicht gerade lieblich duftet, der Öffentlichkeit nicht vorenthalten dürfen. Das Produkt aus der Knochenmühle der Herren Schöneberg u. Co. sieht folgendermaßen aus:

Berlin, 25. Nov. 94.

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Wegen Ihres in der Rubrik: Gerichtszeitung, in Nr. 273 Ihres Blattes haben wir uns bereits telephonisch ein wenig unterhalten. Wodan uns nichts bekannt ist. D. M.) Weil wir es nicht der Mühe für werth halten, es auch unter unserer Würde ist, uns mit Ihnen vor Gericht zu stellen, wollen wir auf diesem Wege die wohlverdiente Burechtweisung auf Ihren Redaktionstisch gelangen lassen.

Es ist uns ganz unerfindlich, woher Sie den Muth hergenommen haben, ein Fabriketablisement, deren Inhaber sie gar nicht persönlich kennen, die Ihnen nichts zu leide gethan haben, mit dem Epitheton: „berüchtigt“ zu belegen. — Von der volkswirtschaftlichen Bedeutung einer solchen Knochenmühle resp. der darin produzierten und präparierten Materialien haben Sie, am allerwenigsten aber Ihr Verstand, nicht die blasseste Ahnung. Sie lassen einfach wieder, was Ihnen andere Vennpaltner schon seit Jahren fortgesetzt vorlesen. Presse bleibt Presse, ob sie nun Bourgeois oder zukunftsweisende Volksbeglückler zu Vertretern hat. Hätten Sie eine Ahnung davon, was wir produzieren, wozu unsere Produkte dienen, würden Sie solche Ausdrücke nicht gebrauchen. Nun, wir wollen Sie solche Ausdrücke nicht gebrauchen. Nun, wir wollen nicht zu scharf mit Ihnen ins Gericht gehen, denn bei der Lenbung des „Vorwärts“ und dem Bildungsgrade seiner Leser kann man einen besonderen würdevollen Ernst nicht erwarten; Sie würden damit keinen Anklang bei Ihren Lesern finden; Ihr Clement ist Raifonniren und Schimpfen, Sie können aus Ihrer Haut nicht

heraus und deshalb wollen wir uns still bescheiden und nicht etwa in denselben Fehler verfallen, denn wir würden vielleicht dann das Recht für uns in Anspruch nehmen, von dem „berüchtigten“ „Vorwärts“ zu sprechen.

Aber erfinden möchten wir Sie doch, uns künftig überhaupt ungeschoren zu lassen, denn nicht immer dürfen wir so milde gesinnt sein.

Mit Achtung

Schöneberg u. Co.,
Greifswalderstr. 154.

Der am Schluß dieser mit unwillkürlicher Humor gewürzten Zuschrift lähne ausgesprochene Wunsch dürfte sich kaum realisiren lassen. Wir werden uns, wie früher, so auch in Zukunft noch häufig mit der Knochenmühle der Firma Schöneberg u. Co. und ihren widerwärtigen Gerüchen zu beschäftigen haben; es sei denn, die Herrschaften zögen es vor, recht schleunigst in eine menschenleere Gegend zu verdriften.

Ein Wohlthäter der Menschheit. Herr James Salo-schin hat zur Ehre des Gedächtnisses seiner verstorbenen Gattin dem Magistrat der Stadt Berlin die Summe von hunderttausend Mark zu wohltätigen Zwecken überwiesen. So berichtet der „Börse-Notizier“. Ob dieser wohlthätige Herr schon dem Droschkenfischer Obdt eine Genehmigung gegeben hat, die ihn einigermaßen mit seinem tragischen Geschick versöhnen und die in weitesten Vollstrecken über den bekannten Fall gewedete Erregung besänftigen dürfte?

Aus der Kaserne. In der Nacht zum 19. d. M. um 2 Uhr hat sich der bei der 8. Kompagnie des ersten Garderegiments zu Fuß in Potsdam stehende Rekrut Spick aus Graubenz mit einem Rasirmesser die Pulsadern, sowie den Hals durchschnitten. Der Pothen fand ihn in einem offenen Schuppen, der zur Aufbewahrung der Kompagniewagen diente, in seinem Blute liegend vor. Er ist noch lebend nach dem Garnisonlazareth gebracht worden, doch soll wenig Aussicht vorhanden sein, dem Unglücklichen das Leben zu erhalten. In einem Zeitraum von kaum drei Jahren ist dies der dritte oder vierte Selbstmord, der bei der erwähnten Kompagnie vorgekommen ist. Ein Soldat hat sich in der Havel ertränkt, ein anderer ist mit einem Strohschaber in Medly verbrannt und ein dritter hat sich erschossen.

Eine Tragödie aus dem Bereich des Militarismus giebt die Nr. 92 des Kreisblattes für den Lebusser Kreis in folgender amtlichen Bekanntmachung kund:

Seelow, den 19. November 1894.

Am Freitag, den 19. d. M. um 6 Uhr Morgens hat sich der Kanonier (Rekrut) Seiffert der 5. Kompagnie Niederschlesischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 5 entfernt, um, wie nach einem von ihm hinterlassenen Zettel anzunehmen ist, sich das Leben zu nehmen. Zivilpersonen haben am genannten Tage in der Warte einen Menschen ertrinken sehen, konnten jedoch mit Sicherheit eine Militärperson in demselben nicht erkennen. p. Seiffert ist 1,70 groß, schlank, hat blondes Haar, Schnurrbart im Entstehen und war mit Drillichjacket, Tuchhose, Feldmütze und Stiefeln bekleidet. Die Ortspolizei-Behörden und die städtischen Polizeiverwaltungen werden ersucht, von dem etwaigen Auffinden der Leiche dem oben genannten Regiment, sowie mir umgehend Anzeige zu erstatten. Der Landrath, von der Warnitz.

Dieselbe Nummer des Kreisblattes enthält noch folgende amtliche Mittheilung:

Seelow, den 17. November 1894.

Der hinter den Kanonier Joh. Reichhammer erlassene Steckbrief Nr. 341 ist erledigt, da der Genannte inzwischen bei seinem Truppentheile abgeliefert worden ist.

Nochmals die zerbrochenen Klosetscheiben. Wie jeht mitgetheilt wird, ist im weiteren Verlauf der bekannten Angelegenheit folgende Verfügung ergangen:

Die unter dem 19. November erlassene Verfügung betr. die Zertrümmerung der Klosetscheiben wird hiermit postamtlich widerrufen.

Postamt 35.

Bez.: M a i w a l d.

Bei dem wegen Bettelns in Köpenick inhaftirten angeklagten Piarer, der mehrere Tage im dortigen Amtsgerichts-Gefängnis zubringen mußte, haben sich Papiere vorgefunden, aus denen allerdings hervorgeht, daß der Betreffende in Amerika Prediger gewesen ist. Weiter wird gemeldet: Da derselbe der Sohn eines deutschen Geistlichen, hat das Gericht ihn freigelassen. Die Gerichtsbeamten veranstalteten sofort eine Geldsammlung und der Betrag derselben ermöglichte dem etwa 30jährigen Manne, sich von Köpenick aus nach Breslau zu seiner Familie zu begeben. — Die Mittheilung, daß der Mann freigelassen wurde, weil er ein Geistlicher ist, dürfte schwer mit dem bekannten gleichen Recht für Alle in Einklang zu bringen und daher vor der Hand zu bezweifeln sein. Auch ist zu bemerken, daß man an amtlicher Stelle mit Bettlern und armen Reisenden, die sich nicht als Geistliche ausweisen können, gewöhnlich nicht so mildthätig wie in diesem Falle umzugehen pflegt.

Der sibirische Flüchtling Rothorn, welcher 25 Jahre lang als Gefangener in Sibirien gelebt haben will, sich nach glücklich gelungener Flucht kürzlich in Berlin begab, Weissensee niedergelassen hat und sich durch den Vortrag von Vorträgen ernährte, die er über „25 Jahre in Sibirien“ hielt, soll am Sonnabend unter der Beschuldigung der räuberischen Erpressung von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet und in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden sein. Er soll sich mit Dornen eingekerkert, dieselben erst bezahlt und dann wieder die Herausgabe des Geldes mit Gewalt erzwungen haben. Am Dienstag wurden mehrere Entlassungserzeugnisse in der Sache vor dem Untersuchungsrichter vernommen, währenddem befand sich der Beschuldigte noch in Untersuchungshaft.

Ueber eine Revolveraffäre wird berichtet: Der 21 Jahre alte Arbeiter Amelang fuhr am Montag um vier Uhr mit einem unbeladenen Wägelwagen, auf dem seine Mutter und drei Kinder außer ihm selbst Platz genommen hatten, die Johanniststraße entlang. An der Ecke der Friedrichstraße wird die schmale Straße noch durch einen Droschken-Halteplatz verengt. Hier fuhr Amelang einen Selterwasser-Wagen an, und sein Pferd kam zu Fall. Obgleich Amelang selbst die Schuld an dem Zusammenstoß trug, griff er den Kutscher des anderen Wagens an und veranlaßte dadurch einen großen Aufruhr. Das Publikum stellte sich auf die Seite des schuldlosen Wagenführers und befreite ihn. Der Schuhmann Thiele vom 6. Polizeirevier hotte den Posten an der Ecke der Karl- und Friedrichstraße inne und wollte den Urheber des Vorganges, Amelang, feststellen. Da dies bei dem Wirrwarr auf der Straße nicht angängig war, die Entfernung des Schuldigen auch zur schnellen Beseitigung des Aufruhrs notwendig war, so sollte Amelang nach der Wache gebracht werden. Dem widersetzte sich dieser aber, eilte nach seinem Wagen, hatte mit Büchsenhülle aus einem Ueberzieher einen Revolver hervorgeholt und setzte dem Beamten die geladene Waffe in den Worten auf die Brust: „Hund, ich schieße Dich tod!“ Der Schuhmann hatte kaum die Zeit, den Lauf des Revolvers bei Seite zu schieben und drückte mit dem andern Arm Amelang zu Boden. Die Mutter, der das Idrüchte Benehmen ihres Sohnes klar wurde, riß nunmehr die Waffe an sich und überreichte sie den Kindern auf dem Wagen, die das gefährliche Beweismittel zu verstreuen suchten. Das Publikum machte aber einen zweiten inzwischen eingetroffenen Schuhmann darauf aufmerksam, der den Revolver mit Beschlag belegte. Amelang sowohl, als auch seine Mutter mußten nun den Weg nach der Polizeiwache antreten; der erstere wurde in Haft genommen.

Arbeitererfahrungen. Der 26jährige Kutscher Georg Kallina aus der Müllerstraße 23 wurde am Freitag Nachmittag beim Abladen

von Müll durch seinen Mitarbeiter leicht am linken Fuß des linken Fußes verletzt. Die unbedeutende Wunde verschlimmerte sich, und Kallina mußte nach der Charité gebracht werden. Montag Nachmittag trat ein Starrkrampf ein, und Kallina war alsbald todt.

Der Fall Köhe soll, wie mehrere Blätter zu melden wissen, durch das Urtheil eines Kriegsgerichts demnächst wieder aufgefrißt werden.

Auf dem Wege zu den Gräbern ihrer sieben verstorbenen ist eine Unbekannte in der Nähe des Ringbahnhofes Prenzlauer Allee. Die Anfangs der 30er Jahre Geborene wollte vermutlich nach dem St. Georgenkirchhof in Weihensee gehen und hatte bis dahin die Verbindungsbahn benutzt. Bald hinter dem Bahnhof brach die in tiefe Trauer Gekleidete, welche mehrere Kränze trug, leblos zusammen und verschied, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war, an den Folgen eines Herzschlages. Die Leiche der Unbekannten wurde nach dem Schaubause gebracht.

Polizeibericht. Am 26. d. Mts. Nachmittags fiel in der Schönhauser Allee ein Kutscher beim Bestiegen seines in der Fahrt befindlichen Arbeitswagens herab, gerieth unter die Räder und erlitt Quetschungen an beiden Unterschenkeln. — In der Spandauerstraße fiel Abends ein Mann beim Bestiegen eines Omnibus herunter und zog sich dabei eine schwere Verletzung der Hand zu. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Witterungsübersicht vom 27. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (M. = 9 F.)
Swinemünde.	774	OSO	3	bedeckt	1-
Hamburg.	773	O	3	Rebel	0
Berlin.	773	O	3	bedeckt	1-
Biesbaden.	768	Stil	—	bedeckt	2
München.	766	SO	1	bedeckt	0
Wien.	772	SO	2	bedeckt	1
Saparanda.	764	SO	2	bedeckt	0
Petersburg.	773	SWN	3	bedeckt	1
Cort.	775	N	3	Dunst	3
Aberdeen.	774	SW	2	heiter	2
Paris.	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. November 1894.

Ein wenig wärmeres, zeitweise aufklärendes, vorwiegend nebeliges Wetter mit schwachen südlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Theater.

Im Schiller-Theater ist jetzt Interimszeit. Die Direktion war klug genug, das durchgefallene Schiefinger'sche „Vollstünd“ schnell vom Repertoire abzurufen und sie fällt, bis am Freitag Grillparzer's „Hera und Leander“ zur Aufführung kommt, die Abende mit den vier Hans Sachs-Schwänken aus, denen ein aus dem Deutschen Theater bekannter Einakter, „Die Burg ruine“ von Karl Gora, folgt. Dies Stück errang vorgestern Abend einen freundlichen Erfolg. Es handelt von dem Widerstand der romantischen Schwärmerinnen eines jungen Mädchens mit der unheimlichen Prosa des Alltagslebens, die natürlich, wie es im harmlosen Lustspiel nicht anders denkbar, elend unterliegt und der in Schwärmerie erweachten ersten Liebe zum wohlgeordneten Triumph verhelfen muß. Der Maßstab pedantischer Kritik ist bei derartigen harmlosen Sachen natürlich ausgeschlossen. Die Herrenrollen waren im Schiller-Theater recht gut vertheilt; die braven Künstler Georg, Wolden, Grelle und Schmausow thaten ihr Bestes. Ein wenig mehr Feuer und Leben wäre Präulein Heibel als Liebhaberin zu wünschen gewesen, wogegen Frau Werner die Rolle der ältlichen Jungfrau drastisch verkörperte.

Gerichts-Beilage.

Nadaw - Antisemitismus nannte der „Vorwärts“ seiner Zeit eine Begebenheit, die sich zwischen dem Weinreisenden Röber und dem Redakteur der Berliner Zeitung Herrn Perls abspielte. Der Vorgang war kurz folgender: Herr Perls begegnete in der Nacht vom 17. zum 18. November v. J. in Begleitung des Herrn Röber einen ihm bekannten Jahmarz, den er begrüßte. Diesen Gruß beantwortete Herr Röber in recht „juvorkommender“ Weise mit: „Halte die Sch... verfluchter Jude“ und erwiderte die Aufforderung seitens des Herrn Perls, diese Beleidigung zurückzunehmen, mit ein paar wuchtigen Stockhieben. An dieser Handlungsweise hatte der „Vorwärts“ eine sehr scharfe Kritik geübt, und führte sich nun der schlagfertige Herr beleidigt, weshalb er gegen den Redakteur Rob. Schmidt Anklage erhob. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der geschilderten Vorgänge und erkannte der Gerichtshof nur in bezug auf die formalen Beleidigungen auf eine Geldstrafe von 30 Mark.

Der Fall des Studenten Steink macht entschieden Schule, denn gestern gab die 131. Abtheilung des Amtsgerichts I eine verbesserte Ausgabe heraus. Angeklagt war der Rechtskandidat Ludwig Hagemann. Aus den Akten wurde festgestellt, daß der Angeklagte, welcher 2 Jahre als Advokat geübt hat, bereits wegen Beleidigung und Sachbeschädigung mit 60 bzw. 15 M. verurtheilt ist. Am 8. Juli v. J. hatte Hagemann mit seinem Verhältniß zunächst die Italiensche Ausstellung und dann den Friedrichsplatz besucht. Als das Paar das letztere Lokal verlassen hatte, wollte Hagemann nach ein Café besuchen, während das Mädchen der Ansicht war, daß es nun des wüsten Treibens genug sei. Da aber Hagemann die Widerstrebende mit Gewalt in eine Droschke zerrren wollte, und das Mädchen laut weinte, wurde das Publikum aufmerksam, und der Droschkenfischer Gröhmacher und der Kellner Wegener wollten dem bedrängten Mädchen Beistand leisten, da in jener Gegend grobe Insulte gegen einzelne Damen leider nicht zu den Seltenheiten gehören. Hagemann aber war nicht der Mann, der sich eine Einmischung in „seine Rechte“ gefallen lassen wollte, er schwang deshalb seinen Stock so energisch auf den unbedeckten Kopf des Kutschers, daß eine blutende Wunde entstand. Dem Kellner Wegener mußte er ebenfalls einen Hieb versetzen, da der Bedrohte seinen Schirm zur Abwehr vorhielt, blieb er selbst unverletzt, dagegen wurde der Schirm erschlagen. Wegen der Heldenthaten erhielt Hagemann eine Anklage wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß es sich hier um einen sehr groben Erzeß handle, und beantragte, zumal der Angeklagte bereits vorbestraft war, eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Gerichtshof wollte aber von einer Freiheitsstrafe nichts wissen. Der Angeklagte sei an dem fraglichen Abend angetrunken gewesen, und seine Vorstrafen bezögen sich nicht auf Nothwehrdelikte. Das Urtheil lautete auf 100 M. Geldstrafe.

Ein recht häßlicher Antritt im Konzerthause hat zu einer Privatklage Anlaß gegeben, die gestern vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den Dekorationsmaler Thiele verhandelt wurde. Der Angeklagte besand sich eines Abends mit Frau und Töchtern im Konzerthause, um das Konzert zu genießen. In seiner unmittelbaren Nähe sahen zwei junge Lehrer, die höchst überrascht waren, als der Angeklagte plötzlich mit ihnen einen Wortwechsel anfang. Er scheint der irigen Ansicht gewesen zu sein, daß über seine weibliche Begleitung unpassende Bemerkungen gefallen seien und beleidigte die beiden Lehrer mit den Worten „Nette

Lehrer! Unverschämtheiten" u. dergl. Er beruhigte sich dabei aber nicht, sondern veranlaßte auch noch die Sistierung der beiden Lehrer nach dem Polizeibureau. Wie in der gestrigen Verhandlung zur Sprache kam, ist aus diesem Anlaß gegen die Lehrer auch noch ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden, von welchem diese aber bis jetzt keine Kenntniß erlangt haben. Die in dieser Weise um ihren Konzeptsgehalt gebrachten Lehrer strengten gegen Thiele die Privatklage an und bewiesen gestern durch mehrere Zeugen, daß sie im Konzeptsgehalt absolut nichts gethan hätten, was Herrn Thiele zu seinem beleidigenden Verfahren hätte Anlaß geben können. Der Angeklagte suchte zwar die Befundungen der Zeugen zu bemängeln und erhob auf Grund der angeblichen Bemerkungen der Kläger über seine Damen die Widerklage. Er erzielte nach keinen Richtungen hin Erfolg. Der Gerichtshof hatte, wie der Vorliegende verkündete, keinen Augenblick Zweifel darüber, daß die Vorwürfe, die der Angeklagte gegen die beiden Lehrer erhob, ohne jede positive Unterlage waren und derselbe sich vielfach auf Grund übergroßer Nervosität in einem vollständigen Irrthum befunden hat. Die Beleidigung sei um so schwerer, als die Kläger nicht nur nach der Polizeiwache sifirt wurden, sondern auch noch ein Disziplinarverfahren in Szene gesetzt worden sei. Aus diesem Grunde verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängniß.

Berliner Sicherheitszustände. Im äußersten Norden Berlins spielten die Vorgänge, welche einer gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelten Anklage wegen vollendeten und versuchten Straßenraubes zu Grunde lagen. Angeklagt war der Arbeiter Paul Samelle, ein übel beleumdetes Mann, der schon wiederholt wegen Eigentumsvergehen vorbestraft ist. Am 28. Juli cr. Abends ging der Buchhalter Radtke in der Müllerstraße spazieren und traf dort mit dem Angeklagten zusammen. Derselbe nannte sich Nielle und stellte sich als alter Schulfollege vor. Er erzählte, daß er ihn schon oft auf der Straße gesehen und schon oft den Vorschlag gehabt habe, ihn anzusprechen, da es ihm recht schlecht gehe. Herr Radtke schloß sich dem Fremden an und nahm ihn mit in eine Schankwirtschaft, wo er ihn zu einem Glase Bier einlud. Als er das Lokal verließ und den Courbierplatz, die Müllerstraße und Triststraße entlang ging, folgte ihm der Angeklagte; er ging ihm nicht von der Seite und bat wiederholt um ein Jodet. Als Radtke erwiderte, daß er doch kein Jodet bei sich führe, erhielt er plötzlich einen Faustschlag ins Gesicht, der ihn zum Taumeln brachte. Er merkte aber doch, daß ihm der Angeklagte mit Gewalt Uhr und Kette von der Weste losriß und als er darüber Värm machen wollte, erschien ein anderer Mann auf der Bildfläche und schlug ihn zu Boden. Der Ueberfallene hat auf der Polizei eine ganz genaue Beschreibung des Straßenraubers, die vollständig auf den Angeklagten paßt, gegeben, letzterer wurde ihm auch schon zwei Tage darauf in Person vorgestellt. Er hatte nämlich am Tage nach dem Raubanfall wiederum in der Müllerstraße eine Rolle bei einem Abenteuer gespielt, welches dem Arbeiter Nielle in der Nähe der Gasanstalt begegnet war. Dieser kam, mit Kleibern und Stiefeln bepackt um die Mittagszeit aus einem Krankenhause die Müllerstraße entlang und wurde von dem Angeklagten angegriffen, der unter dem Schloßruf: „Zunge gib die Stiefel her!“ ihm die Stiefel zu entreißen suchte. Nielle hielt aber seine Hufe krampfhaft fest, der Angeklagte schlug auf ihn ein, er kam zu Falle und als er wieder zur Besinnung kam, war einer der vielen Personen, die ihn umfanden und ihn hinfällten, mit seinem Hut davongegangen. Nielle traf den Angeklagten unmittelbar darauf auf der Straße und veranlaßte seine Verhaftung. — Im gestrigen Termine befrift der Angeklagte, überhaupt mit dem Zeugen Radtke an dem fraglichen Abend zusammen gewesen zu sein und behauptete, daß es sich in dem Falle Nielle keineswegs um einen Raubanfall, sondern nur um einen Streit mit dem Zeugen gehandelt habe. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Straßenraubes in einem Falle und der Körperverletzung schuldig und der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten unter Anrechnung einer vor kurzem gegen ihn erlassenen einjährigen Gefängnißstrafe zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren und Zulässigkeit der Polizei-Aufsicht.

Parteinachrichten.

Bericht über den Parteitag erstatteten noch Frau Jhrer in Bernau; Frau Bengels in Wolgast; Gen. Poller in Kiel; Gen. Stieh in Gaarden; Gen. Stein in Eschersheim. In allen diesen Versammlungen wurden die Beschlüsse des Parteitages im Allgemeinen gut geheißen.

Ueber die Rede Vollmar's, die er am Dienstag Abend in München hielt, geht uns folgendes Privattelegramm zu: Die Versammlung im Orpheum ist von über 2000 Personen besucht. Vollmar fährt auf: Nebel's Berliner Rede stehe im Widerspruch mit dessen persönlichen Reden in Frankfurt und seinem Artikel in der „Neuen Zeit“. Es bestehe keine Versammlung in der Partei, es mache sich im Gegentheil ein steter Fortschritt in der Parteipresse und Literatur bemerkbar. Der Vorwurf des partikularistischen Geistes, den Nebel gegen die bayerischen Sozialdemokraten gerichtet, sei unbegründet. Nebel's Temperament und seine einflussreiche Thätigkeit unter dem Sozialistengesetz erkläre seine Rechthaberei und Herrschsucht. Die Sozialdemokratie könne selbst von einem hervorragenden Führer sich derartiges nicht gefallen lassen; der Parteivorstand müsse Stellung nehmen und erklären, daß er mit der Verrechnung der Zuwendungen an die Bayern nichts zu thun habe.

Unerschrocken sei ihm (Vollmar), wie Nebel mit einer kleinen Sekte die politische Macht erobern zu können meine. Vollmar verwarf sich dagegen, daß er die Angelegenheit persönlich aufpasse; er habe die Gesamtheit der bayerischen Parteigenossen hinter sich. — Schließlich wird eine Resolution angenommen, in der Protest eingelegt wird gegen die Rede Nebel's, in der ferner der Parteivorstand zur Stellungnahme aufgefordert und dem Genossen Vollmar ein Vertrauensvotum ausgestellt wird.

Ueber die „bayerische Angelegenheit“ auf dem Frankfurter Parteitage schreibt v. a. (Viktor Adler) in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

Dem Frankfurter Parteitage lag eine Anzahl von Anträgen vor, welche die Mißbilligung jener Abstimmung verlangten. Die Bayern selbst brachten einen Antrag ein, welcher besagte, die Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der einzelnen Staaten sei eine reine Zweckmäßigkeitfrage, die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung gehe aus der Gesamttätigkeit der Partei hervor.

Dem gegenüber stand der Antrag Nebel und Genossen, welcher im Wesentlichen aussprach, daß die Sozialdemokratie den Regierungen als Leitern von Klassenstaaten ein Zeichen des Vertrauens nicht geben könne; die Bewilligung des Gesamtbudgets aber gelte als Vertrauensvotum, daher die parlamentarischen Vertreter der Partei in allen Fällen gegen dasselbe zu stimmen haben. Ausdrücklich wurde von allen Rednern, die für diesen zweiten Antrag sprachen, darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein Zabelsvotum für die bayerischen Genossen handle, daß man vielmehr annehme, die Frage sei bisher eine offene gewesen, die Landtage hätten gerade durch die hervorragende Thätigkeit der Bayern eine große Bedeutung gewonnen, und es müsse nunmehr eine Richtschnur für die Zukunft geschaffen werden. Man mußte begierig sein, was Vollmar und Grillenberger für ihre Haltung vorbringen könnten;

und so sehr wir uns bemühten, objektiv zu prüfen, es gelang uns nichts Anderes zu entdecken, als daß sie auf die „spezifisch bayerischen Verhältnisse“ Rücksicht nehmen müßten, daß es von ihren Wählern nicht verstanden würde, wenn sie gegen ein Budget stimmten, welches eine Reihe von Posten enthielte, die man vernünftiger Weise nicht ablehnen könne. Im übrigen war sehr deutlich, daß sich die bayerischen Genossen nicht wohl in ihrer Haut fühlten. Niemand hat Vollmar so schlechte Argumente für eine Sache vorgebracht wie diesmal; er ging so weit, an den bayerischen Chauvinismus zu appellieren und eine Frage, die einfach die Interessen und Prinzipien der Gesamtpartei betraf, zu einem Streit zwischen Bayern und Preußen herabzudrücken. Es war klar, daß Vollmar, sowie Grillenberger umso heftiger sich wehrten, je mehr sie das Gefühl, daß sie im Unrecht seien, überdauern mußten. Es war weiter klar, daß dieselben Leute, welche ihre Genehmigung des Budgets so heftig verteidigten, sich niemals wieder in Zukunft derselben schuldig machen würden. Und das mag die Erwägung gewesen sein, aus welcher heraus einzelne Delegirte versuchten, ihnen eine Brücke zu bauen.

Genosse Stadthagen wählte unseres Erachtens die dazu am wenigsten geeignete. Er knüpfte an den Antrag Nebel ein Amendement, wodurch sein Wortlaut dahin geändert wurde, es sei gegen das Budget zu stimmen, insofern darin eine Vertrauensfrage liegt. Damit war der Antrag einfach in sein Gegentheil verkehrt, denn das war ja der ganze Streitpunkt, daß die Budgetbewilligung immer eine Vertrauensfrage bilde. Die Abstimmung ergab folgendes: Der Antrag Vollmar wurde mit Zweidrittel-Majorität abgelehnt; der Parteitag sprach also aus, daß die Budgetabstimmung nicht eine Zweckmäßigkeitfrage sei.

Das Amendement Stadthagen, welches geschäftsordnungsgemäß vor dem Hauptantrag Nebel zur Abstimmung kam, wurde angenommen mit den Stimmen aller Dezer, die vermerken wollten, den Bayern wehe zu thun und mit den Stimmen der Bayern selbst. Als aber der Antrag Nebel auf diese Weise verdrängt war, mußten alle, die eine prinzipielle Lösung für nöthig hielten, dagegen stimmen, wozu ebenso bezeichnender als begrifflicher Weise auch noch die bayerischen Stimmen kamen. Die Vermittlungskomitee der Diplomaten hatten bewirkt, daß formell kein Antrag angenommen war. Die Bedeutung der Abstimmung ist trotzdem klar. Der Parteitag konnte sich nicht zu einer prinzipiellen Entscheidung aufschwingen, welche die Bayern allerdings ohne Grund als fe verlegend erklärten, aber ebensovienig dazu entschlossen, ihre opportunistische Haltung auch für die Zukunft zu billigen. Das Urtheil des Parteitages lautet: „Angeklagter, Sie sind freigesprochen, aber thun Sie es nicht wieder!“

Grillenberger zitierte in München Plechanow's Wort, daß nicht die Mittel revolutionäre seien, welche so auszu-sehen, sondern die, welche revolutionär wirken und er meinte, die Gesamttätigkeit der bayerischen Fraktion, die angefochtene Abstimmung mit eingeschlossen, habe revolutionär gewirkt, d. h. Massen von bisher Indifferenten auf ihre Seite gebracht.“ Allerdings, das Budget zu bewilligen, ist eine Handlung, die von jedem Verdachte des revolutionären Scheins frei ist. Nicht jede Taktik aber, die den revolutionären Schein vermeidet, ist darum schon revolutionär und wer aus Angst vor der revolutionären Phrase in zweideutigen Opportunismus verfällt, hat kein Recht sich auf Plechanow zu berufen. Was aber die Gewinnung der indifferenten Massen angeht, so ist das allerdings unser wichtigstes Ziel, aber nur dann, wenn diese Massen für die Sozialdemokratie gewonnen werden, woraus folgt, daß dieser Gewinn genau so viel werth ist, als die Mittel, die wir dazu anwenden. Schnelle Arbeit ist nicht immer gründliche Arbeit und wenn wir uns selbst aufgeben, um den Gegner zu gewinnen, wäre das ein zweifelhafter Erfolg. Vollmar und seine Meinungsgegner sind in Gefahr, eine neue Illustration zu dem alten Nestron'schen Spah zu geben, der als Soldat zwischen zwei Feinden auf die Bühne kommt und meldet: „Ich habe zwei Gefangene gemacht, aber — sie lassen mich nicht los.“

Man sieht, wir beschönigen nichts und dennoch wiederholen wir: Gerade der Frankfurter Parteitag, und was ihm folgte, bekräftigt uns in der Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie niemals weniger als heute in Gefahr war, in Opportunismus zu verfallen, den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Strömungen zu unterliegen. Was uns diese Zuversicht giebt, ist die ungemein starke Reaktion, welche durch die angeführten Dinge hervorgerufen wurde.

Ueber die Reden der Genossen Nebel und Auer in der Berliner Versammlung, in der Genosse Adler ebenfalls zugegen war, heißt es in seinem Artikel:

Man muß die Wirkung der Reden von Nebel und Auer in Frankfurt und auf der Berliner Versammlung mit erlebt haben, um zu wissen, wie gründlich die Partei über diese Uebergangssphäre, die von ihrem rapiden Wachstum bedingt ist, hinwegkommen wird. Und die Zustimmung zu der Verurtheilung jedes Verwischens und Verwaschens des proletarischen Charakters unserer Partei kam in Frankfurt nicht etwa bloß bei den norddeutschen Delegirten zum Ausdruck. So mancher bayerischer Genosse war herzlich froh, als die Debatte vorbei war, die ihn zwang, einen abereiten Schritt, dessen Unrichtigkeit er schmerzlich empfand, zu verteidigen, weil — nun, weil er eben einmal geschehen war. Das Wesen unserer Partei kann sich nicht ändern nach einer augenblicklichen Situation, oder vielmehr nach der Beurtheilung, welche einzelne Genossen, im Momente befangen, von dieser Situation haben. Die der Partei gewonnenen kleinbürgerlichen Elemente können wohl nicht im Handumdrehen proletarisch und revolutionär empfunden lernen, aber ebensovienig können sie die Führung erlangen und den Charakter der Partei bestimmen.“

Nachdem Genosse Adler seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß Vollmar und Grillenberger die Debatte vom prinzipiellen Boden weg auf das Gebiet des Persönlichen spielen, heißt es dann weiter: „Möglich, daß es ihnen gelingt, sich selbst und den bayerischen Genossen auf eine Weise einzureden, es handle sich um einen Konflikt zwischen München und Berlin, nicht aber zwischen Opportunismus und Parteiprinzip. Daß der Streit mitunter mit starken Worten geführt wird, daran mögen die Gegner sich erbauen, wir selbst jammern darüber nicht. Ja, wir gestehen offen, daß die göttliche Erbtheil, in der alte Kampfgenossen und Freunde ihre Meinungsverschiedenheit ausfechten, für uns geradezu etwas Herzerquickendes hat.“

Und was ist's nun mit der Spaltung? Eine Partei, die so öffentlich Selbstkritik übt, die keinen Raum gewährt dem schleichenden Gifte des Mißtrauens, die nicht zusammenhalten will, was nicht zusammengehört, spaltet sich nicht. Der Streit, die niemals rastende Diskussion in der Partei garantiert geradezu ihre Einigkeit.

Was die Partei zusammenschmiedet und zusammenhält, das ist der Druck der Gegner, das ist vor Allem das gemeinsame Ziel. Wenn sich die Feinde der Sozialdemokratie mit Selbsttäuschungen trösten wollen, wir gönnen ihnen das Vergnügen. Mögen sie doch versuchen, ihren Keil in den behaupteten Spalt zu treiben!“

Die deutsche Sozialdemokratie wird den Machtgewinn, den ihr Anwachsen bringt, behaupten, sie wird aber auch die daraus entstehenden Schwierigkeiten überwinden. Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands wird seinen vorgezeichneten Weg zu gehen und seine Aufgabe ohne Schwanken zu erfüllen wissen.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Chemnitz sind unsere Genossen ehrenvoll unterlegen. Die reinsozialdemokratische Liste brachte es auf über 3000 Stimmen, während die der vereinten Ordnungsparteien mit 5000 fegte. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen beträgt 800; hierbei kommt aller-

dings in Betracht, daß seit der letzten Wahl Michemuth der Stadt einverleibt worden ist.

In Neustadt (Sachsen) siegte bei der Gemeinderaths-Er-fahrung der sozialdemokratische Kandidat.

In Neumünster (Schleswig-Holstein) siegten ebenfalls die zwei Kandidaten der Sozialdemokratie mit großer Majorität.

Parteiliteratur. Mit dem Beginn des nächsten Jahres soll im Verlage von Hans Baake, Berlin, unter der Redaktion von J. Sassenbach ein neues sozialdemokratisches Organ erscheinen: „Der sozialistische Akademiker“. Das Blatt erscheint am 1. und 15. jeden Monats; eine Probe-nummer wird am 15. Dezember herausgegeben. — In der An-kündigung des neuen Blattes seitens der Redaktion und des Verlags heißt es u. a.:

Die Zeitschrift wird herausgegeben unter der Mitwirkung hervorragender Theoretiker des Sozialismus und stellt sich als erste Aufgabe, den Studenten aller Fakultäten, welche in den Jahren stehen, in denen man für die Aufnahme neuer Ideen und eine entsprechende Umbildung seiner Weltanschauung am empfänglichsten ist, die Anregung zu liefern für ein vorurtheilsfreies Studium der Theorien und Lehren des Sozialismus. Die Zeitschrift ist weit davon entfernt — um Mißverständnissen vorzubeugen, sei es hier besonders betont — irgendwelche Seltenbildung bewirken oder gar begünstigen zu wollen, durch welche der Gang der allgemeinen Arbeiterbewegung geschmälert oder gestört werden könnte. In der bestimmten Erkenntniß, daß eine völlige Befreiung von den drückenden Fesseln der heutigen Zustände nur durch eine Bekämpfung des Systems, nur durch die sozialistische Gesellschaft herbeigeführt werden kann, wird sie nur das eine Bestreben haben, aus den Kreisen der Studenten und Akademiker neue Streiter zu werben für den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse, für den Sieg des internationalen Proletariats.

Die Landarbeiter und die Sozialdemokratie. Im Amte Sorö auf Seeland (Dänemark) hatten in diesen Tagen 17 Anfleute und Eigenkötner eine Versammlung ihrer Standes-genossen nach Bingstedt berufen, um die Schaffung einer Organisation der Landarbeiter, die über das ganze Land ausgedehnt werden und die ökonomischen Interessen derselben wahrnehmen könnte, zu veranlassen. Nachdem mehrere Redner vor einer Zersplitterung der Kräfte gewarnt und den Anschluß an die sozialdemokratische Organisation empfohlen hatten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Zu einer Zeit, da die Arbeitgeber auf ganz Seeland, sowohl die städtischen, als die ländlichen, sich zum Schutz ihrer Vorrechte organisiren, während gleichzeitig die Agrarier auf Mittel sinnen, die Arbeitskraft bis aus äußerste anzunehmen, ist es hohe Zeit, daß auch die Landarbeiter, alle wie einer sich zu Organisationen zusammenschließen, damit sie nicht noch mehr in ökonomischer wie sozialer Beziehung unterdrückt werden. Die Arbeiter verfolgen mit dieser Organisation ein doppeltes Ziel: 1. unter besonnener Verhandlung mit den Arbeitgebern bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen; 2. Seite an Seite mit dem ganzen unter der kapitalistischen Gesellschaft leidenden Theil der Bevölkerung den Arbeitern den politischen Einfluß zu erringen, der ihnen in Folge ihrer Zahl und sozialen Bedeutung zukommt. In Reformen sehen die Landarbeiter als reif für die Lösung und dringend notwendig an: Einführung der Staatspacht, einer bedeutend verbesserten, staatlich unterstützten Volksschule, Durchführung des allgemeinen Wahlrechts bei den Staats- wie bei den Kommunalwahlen. Nur Politikern, die für die schnelle Durchführung dieser Reformen eintreten wollen, können die Landarbeiter bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Stimmen geben. Die Versammlung erklärt schließlich, daß die Landarbeiter, wie die Agrarfrage völlig nur durch den Ueber-gang zum Gesellschaftseigentum und der gesellschaftsmäßigen Organisation der Arbeit gelöst werden kann. Die Versammlung ersucht die Hauptleitung der Sozialdemokratie, eine kräftige Agitation im Amt Sorö zu entfalten und sagt ihre persönliche und moralische Unterstützung zu.“ — Zum Schluß meldeten zahlreiche An-wesende ihren Beitritt zur sozialdemokratischen Partei an.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Das Vorgehen der Polizei gegen die Arbeitervereine, wie es bisher nur in Sachsen üblich war, scheint mehr und mehr allgemeine Praxis werden zu wollen. So berichtet die Magdeburger „Volkstimme“ über einen fast un-glaublichen Vorfall in Barby a. S. Dort wollte am 17. No-vember die Zahlstelle des deutschen Maurerverbandes ihr erstes Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Ball, veranstalten, und zwar als geschlossenes Vereinsvergnügen, zu dem auch der Gesangverein „Einigkeit“ zu Budau eingeladen war. Der Bevoll-mächtigte der dortigen Zahlstelle meldete das Vereinsvergnügen persönlich an und erhielt eine schriftliche Beglaubigung, ob-wohl der Maurer-Verband keiner polizeilichen Erlaubniß be-durfte. Alle Vorbereitungen waren getroffen und die Fest-theilnehmer zahlreich erschienen. Mächtig drang die Gendarmerie in den Saal ein, machte ihre Schuppenketten herunter, verlangte, daß Frauen und Lehrlinge sich aus dem Saale entfernen sollten, und erklärte: der Maurerverband sei ein politischer Verein. Daraufhin erwiderte der Bevollmächtigte, daß dies ein gewerk-schaftlicher Verein sei und sie den Saal vom Birth für den Abend gemiethet hätten zur Abhaltung ihres Stiftungsfestes, zeigte den Gendarmen auch die polizeiliche Anmeldung vor und forderte sie auf, den Saal sofort zu verlassen. Diese leisteten der Aufforderung aber keine Folge, sondern ein Wamser erklärte: „Im Namen des Gesetzes löse ich die Ver-sammlung auf!“ Dann schritt die Gendarmerie zur so-fortigen Räumung des Saales und befahl dem Birth, den Saal an dem Abend nicht wieder zu öffnen. Als später der Gesangverein eintraf, fand er fast kein Untercommodium, da viel Volk herbeigeströmt war, um sich von der Wahrheit zu über-zeugen, wie ein harmloses Arbeitervergnügen vereitelt worden war. Als dann später der Birth und der Gesangverein eine Unterredung über die Beherbergung des Vereins hatten, denn erst am andern Morgen konnte derselbe zurückfahren, da glaubte der Gendarm, schon wieder eine Versammlung vor sich zu haben, und rief: „Ich löse die Versammlung auf und gestatte nicht, daß ein Vortrag gehalten wird!“ Das Publikum war sehr entsetzt über das Vorgehen der Beamten. — Das Vaterland war wieder einmal gerettet. — Daß ein gewerkschaftliches Vereinsvergnügen als eine politische Versammlung betrachtet wird, ist für denjenigen, der nur wenig Kenntniß von den Gesetzen hat, unbegreiflich. Hoffentlich wird Beschwerde darüber erhoben.

Die Beschwerde wegen Auflösung der letzten Versammlung des Bildungvereins von Heiligenhafen wurde vom Landrath als unbegründet verworfen, weil, so heißt es, der Verein nach den diesseits erhobenen Feststellungen als rein politischer anzusehen sei. Da sich nun diese „Feststellungen“ auf die Aussagen des betreffenden Gendarmen beschränken dürften, der aber, um sich nicht selbst wegen Mißbrauch der Amtsgewalt zu demüthigen, nothwendiger-weise den Verein als politischen bezeichnen mußte, hat sich der Beschwerdeführer nunmehr an die höhere Instanz gewandt. — Die zwei fortgehenden Schriften wurden dem Schriftführer wieder ausgehändigt.

Die Auflösung des sozialdemokratischen Wahlvereins von Wicau hat das sächsische Ministerium des Innern als höchste Instanz endgültig bestätigt.

Versammlungsverbote und kein Ende. In Gabelitz bei Chemnitz wurde eine Versammlung verboten, in der ein Chemnitzer Parteigenosse über die Bedeutung der Kommunalwahlen referiren wollte. — Auch in Grimma wurde eine für vorigen Sonnabend anberaumte Versammlung verboten.

Gewerkschaftliches.

An die Bureau-Angestellten! Während alle anderen Arbeiterkategorien bereits seit Jahrzehnten in unterbrochenem Kampf mit dem Unternehmertum um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen ringen, haben die Lohnslaven der Feder bisher noch stets in Ermangelung jeder wirtschaftlichen und politischen Erkenntnis rückgrat- und gesinnungslos sich dem Unternehmertum als willenloses Ausbeutungssubjekt hingeegeben. Arbeiten und Hungern, Schweigen und Tadeln ist das Schicksal der Bureauarbeiter! Einzig und allein diesem Zustande haben wir es zu verdanken, daß man uns einen „Monatslohn“ zu bieten wagt, mit dem kein anderer Arbeiter als „Wochenlohn“ zufrieden wäre, daß wir nicht das geringste Mitbestimmungsrecht über die Dauer der Arbeitszeit, Höhe des Lohnes, der Kündigungsfrist u. s. w. haben. Die Willkür unserer Ausbeuter ist allein maßgebend. Selbst die Gesetzgebung hat unsere Existenz vergessen! Während die gewerblichen Arbeiter der Gewerbeordnung unterliegen und für die Kaufleute das Handels-Gesetzbuch gilt, giebt es kein Gesetz, das auf die Bureau-Angestellten Anwendung finden könnte. Kollegen! Seit kurzer Zeit ist eine kleine Anzahl ausgefallener Kollegen ununterbrochen thätig, eine Organisation zu schaffen, die die Besserung dieser menschenunwürdigen Zustände zur Aufgabe hat. Eines der wirksamsten Kampfmittel zur Erreichung unserer Ziele ist das von der unterzeichneten Kommission herausgegebene Fachblatt „Der Bureau-Angestellte“. Dasselbe erscheint am 1. eines jeden Monats und kostet pro Quartal 50 Pf. Kollegen Deutschlands! An Euch richten wir den dringenden Appell, endlich Eurer Pflichten Euch bewußt zu werden und mitzuwirken an dem gemeinsamen Werke. Laßt diesen Ruf nicht unbeachtet! Erwohlt endlich! Haltet Euch auf! Unterstützt die Bureau-Angestellten durch Euer Abonnement! Leistet Beiträge für den Agitationsfonds! Seid unablässig bemüht, Propaganda zu machen für unsere Bestrebungen, damit wir bald überall Zweigvereine gründen können! Zuschriften und Geldsendungen sind an den Unterzeichneten zu richten. Ueber die geleisteten Beiträge wird öffentlich im „Bureau-Angestellten“ quittiert werden. Die Agitationskommission der Bureau-Angestellten für Berlin u. Umgegend. J. A.: F. Schulz, Urbanstr. 35. Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

An die Vergolder und Berufsge nossen Deutschlands. Behufs weiteren Ausbau der Organisation findet am 26., 27. und 28. Dezember in Berlin im Lokale des Genossen Jubel, Lindenstr. 106, ein Verbandstag statt, zu welchem hiermit die Kollegen eingeladen werden. Besonders bitten wir um rege Beteiligung aus dem Rheinland und Süddeutschland. Die nicht-organisierten Kollegen mögen in öffentlicher Versammlung Delegierte wählen, sie erhalten auf dem Verbandstag beratende Stimme. Nur wenn der Verbandstag von recht vielen, möglichst aus allen Orten besucht wird, kann etwas Geringfügiges geschaffen werden. Die Delegierten haben sich mit einem Mandat zu versehen und auf dem Verbandstage bei dem Unterzeichneten zu melden, sowie vorher dem Unterzeichneten davon Anzeige zu machen.

Der Hauptvorstand. J. A.: Paul Höpfer, Vorsitzender. Berlin N, Bernauerstraße 16.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Vom Seidenweberstreik in Bielefeld ist zu berichten, daß seitens der Streikenden der Vorsitzende des dortigen Gewerbevereins um die Vermittlung angegangen worden ist; die Streikenden sind aufgefordert, den Antrag jeder einzeln mit zu unterzeichnen. — Die Schererinnen der Firma Debus, etwa 20 an der Zahl, welche bekanntlich weiter arbeiten, haben infolge des Streiks auf leichte Art einen Sieg errungen; sie forderten Erhöhung ihres Lohnes. Die Firma bewilligte ca. 20 pSt. Lohn-erhöhung und garantierte jeder Schererin einen Verdienst von 2 M. Verdient also eine Schererin bei ihrer Alltagsarbeit täglich nicht 2 M., so wird ihr das fehlende gutgeschrieben. Die Firma ist auf die Forderung der Schererinnen nur deshalb eingegangen, weil sie befürchtete, die Schererinnen würden die Arbeit niederlegen. Dadurch wären mit einem Male die Herren matt-gesetzt gewesen.

Der Bäckerstreik in Amslerdam ist beendet; die Bäckerbesitzer haben nunmehr sämtlich die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden.

Veranstaltungen.

In einer Wander-Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins hielt am 20. d. Mts. Genosse Schöpflin bei Schneider, Vorförsterstr. 15, einen Vortrag über „Die kapitalistische Produktion und die Frauen.“ Im Gegenfatz zur Kirche, welche die redegabige Frau nicht als Kämpferin für hierarchische Zwecke ausgenutzt habe, heute der Kapitalismus die stumme, geduldige Leistungsfähigkeit des Weibes aus. Er gestalte ihr das Mitbilden, nicht aber das Mitarbeiten, denn mit dem Instinkt des Raubtieres witterte er die Gefahr, welche die der Frau gewährte Hebefreiheit ihm bringen werde. Mit Hilfe der Unfallkassisten wies Redner nach, wie die Ueberbürdung durch zu lange Arbeitszeit auf die feineren Nerven des Weibes besonders schädigend wirkt und schloß mit der Erinnerung an die Weiber von Weinsberg. Wenn diese ihre Männer, auf dem Rücken tragend, aus der belagerten Stadt gerettet hätten, so sollten unsere Frauen furchtlos als Rednerinnen den Männern den Rücken decken im Kampf gegen die Ausbeuter. — In der Debatte über „Verschiedenes“ regte Frau Sumann an, die Bauhandwerker zu strengerer Beobachtung des Sonntags zu ermuntern.

Der Verband der Glaser und verwandten Berufsge nossen hielt am 20. November eine Mitgliederversammlung ab. Der in der vorigen Versammlung vertagte Kassenbericht, der nunmehr zur Verlesung gelangte, ergab die Einnahme von 158,01 M. und eine Ausgabe von 93,95 M., mithin bleibt ein Bestand von 64,06 M. Das letzte Vergütigen ergab einen Ueberschuß von 38,60 M., davon wurden 10 M. der Agitationskommission und 10 M. den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern überwiesen. Zu dem Ostern 1895 in Berlin stattfindenden Verbandstag wurde ein Komitee von 5 Personen gewählt, das zusammen mit dem Vorstand einen Saal für die Sitzungen und außerdem ein Vergütigen arrangieren soll. Der am 5. Januar geplante Maskenball kommt in Anbetracht der ungünstigen Zeit in Wegfall.

In einer öffentlichen Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher, die am 26. November im Louisenhofischen Konzerthaus stattfand, sprach Reichstags-Abgeordneter M. Schippel über „Trunks, Kartelle u. und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften.“ Im Wesentlichen lief der fast zweistündige, sehr interessante Vortrag auf eine Wieder-gabe des bereits auf dem Parteitag gehaltenen Referats hinaus. Der Redner kam zu dem Schluß, daß die Arbeiter-schaft dem koalitierten Unternehmertum gegenüber dieselben Mittel in Anwendung zu bringen, das heißt: volle Koalitionsfreiheit zu erstreben und sich in immer größeren Verbänden zusammen-zuschließen habe. Dann brauchten die Arbeiter die Monopole nicht zu fürchten, im Gegenteil, durch die Absenkung werde der endliche Sieg des Sozialismus nur beschleunigt. (Lebhafte Beifall.) In der sich bis lange nach Mitternacht ausdehnenden Debatte traten dem Referenten bezüglich seiner Ansicht über die Bedeutung der Kartelle für die Zukunft mehrere Redner entgegen, während andere ihm beipflichteten. In seinem Schlusswort warnte Schippel davor, die politische gegen die gewerkschaftliche Be-

wegung und so umgekehrt auszuspielen. Es sei nötig, auf beiden Gebieten vorwärts zu streben. — Zum Schluß fand ein Antrag Annahme: Innerhalb der Malergewerkschaft in Zukunft keine Versammlungen mehr mit darauffolgendem Tanz-fränzchen abzuhalten.

Die Tapezierer setzten am 26. November in einer öffent-lichen Versammlung die Debatte über das Zirkular der Braun-schweiger Kollegen fort, in welchem die Gründung einer losen Zentralisation vorgeschlagen wird, zu deren gunsten sich die bestehenden Tapezierer-Organisationen äußerten. Die Dis-kussion zog sich bis nach Mitternacht hin und drehte sich haupt-sächlich um die Frage, welchen Werth die strikte Zentralisation habe und welchen die lose. Auch die Anhänger des Allge-meinen deutschen Tapezierervereins gaben zu, daß derselbe an Mitgliederzahl zurückgegangen sei und so, wie er bestie, nichts Ersprießliches zu leisten vermag. Sie bemerkten aber, daß sie infolgedessen selbst auf der im März l. J. stattfindenden Generalversammlung Anträge auf Abänderung der Organisation, eventuell auf Zusammenschluß mit den Sattlern stellen würden. Sie erachteten daher eine sofortige Beschlußfassung über die Frage der Auflösung ihres Vereins und der Schaffung einer losen Zentralisation für verfrüht. Jeder stellte den Antrag, einen Kollegen als Vertrauensmann zu wählen, welcher die Aufgabe hat, die Kollegen Deutschlands aufzufordern, zu der Organisation mit Vertrauensmänner-System Stellung zu nehmen. Die Anhänger der Zentralisation erklärten, daß sie gegen diesen Antrag stimmen würden, nicht weil sie gegen die Vereinigung sämtlicher Kollegen sind, sondern weil sie die Bestimmung über die Organisationsfrage von Deutschland, nicht von Berlin getroffen wissen wollen. Der Antrag jeder gelangte sodann mit dreißig gegen fünfzehn Stimmen zur Annahme und wurde Martini als Vertrauensperson gewählt. In die Arbeits-nachweis-Kommission wählte man dann noch die Kollegen Nagel, Lennstedt, Kessen, Homann, Christof, Klatt und Rathke. Ueber die Reorganisation des Arbeitsnachweises, sowie über den Bier-boytott soll in nächster Versammlung diskutiert werden.

Rixdorf. Das Gewerkschaftskartell hielt am 22. November eine Versammlung ab, in der als erster Punkt der Bericht des Ausschusses auf der Tagesordnung stand. Die Einnahme betrug 97,90 M., die Ausgabe 84,60 M., so daß ein Bestand von 12,70 M. verbleibt. In Funktion trat das Kartell zuerst am 6. Mai und griff in die Regelung der Streitigkeiten mit den Böttchern und Brauerei-Arbeitern ein. Die andere Arbeit des Kartells beschränkte sich zum Teil auf Angelegenheiten untergeordneter Bedeutung. Zur Prüfung der Abrechnung wurden drei Delegierte gewählt, die in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten haben. Die Kommission für Ausarbeitung eines Anhängelplakats, auf welchem das Verzeichnis der Gewerkschaften, Name des Delegierten, der Arbeitsnachweis, sowie die regelmäßigen Versammlungen aller Gewerkschaften und das Lokal, in welchem sie tagen, angegeben wird, soll in nächster Zeit angefertigt werden. Angeregt wurde, ob es nicht zweck-mäßig sei, Massenersammlungen für die Gewerkschaften einzuberufen behufs Agitation für den Bierboytott, da in den Gewerkschaften viel gesündigt wird. Nach reger Debatte wird ein Antrag angenommen, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaften anzuberäumen. Die Anregung eines Delegierten, die Regelung des Herbergs-wesen in die Hand zu nehmen, wurde als gegenwärtig unmöglich vorläufig zurückgewiesen. Das Verlesen der Präferenzliste ergab, daß die Delegierten von den Tapezierern und den Möbelpolierern ohne Entschuldigung fehlten.

Schöneberg. Die am 25. November bei Refner in der Brunnenstraße 110 einberufene öffentliche Parteiversammlung erfreute sich eines recht zahlreichen Besuches. Der Rechenschafts-bericht, den der Vertrauensmann Masow verlies, ergab für die lokalen Einnahmen und Ausgaben ein Defizit von 38,45 M., wohingegen die Gesamtabrechnung einen Ueberschuß von 158,45 M. aufwies. Als Vertrauensmann für Schöneberg und Umgegend wurde hierauf Genosse Masow wiedergewählt und die Genossen Raue, Bäumlert und Reiling zu Revisoren ernannt. Den Bericht über die Thätigkeit der Lokalkommission gab Genosse Schuberst. Die daraus gewählte neue Lokalkommission setzt sich für das laufende Geschäftsjahr zusammen aus den Genossen Seih, Karosch und Säumet, der die Genossen Sachoweh und Rubin als Ergänzung beitreten. Die Fortsetzung der Diskussion über den Frankfurter Parteitag leitete der Genosse Kasper. Steglitz mit einem kurzen Referat über die auf dem Parteitag ver-handelten Punkte ein. Die in der Debatte sich geltend machenden Meinungen kamen in folgender Resolution zum Ausdruck: „Die Genossen Schönebergs erklären sich zwar nicht mit allen Beschlüssen des Parteitages einverstanden, erklären jedoch, aus demokratischen Gründen sich denselben zu fügen.“ Zum Schluß forderte Frau Klauke zu reger Agitation und guten Besuch der am nächsten Sonntag, 2 Uhr, hier statt-findenden Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungs-vereins auf. Genosse Butz erfuhrte um regere Beteiligung an den Versammlungen der Hausdiener, Kutscher und verwandter Berufs.

Vermishtes.

Den pharisäischen Charakter der Oberförster Ge-lach'schen Eheleute, so schreibt ein Erfurter Blatt, besuchte u. A. auch grell die Thatsache, daß beide aus dem Untersuchungs-gefängnis heraus an ihre 16 jährige Tochter in Sondershausen, die bekanntlich ehemals ebenfalls grausame Mißhandlungen zu erdulden gehabt, Briefe schrieben, die von salbungsvollen Rohnungen und Bibelstellen frohten. Da war u. A. die Bitte, „das von Gott auferlegte Kreuz zu tragen, wie dies auch sie (die Eheleute) in ihrer Unschuld thaten“ u. s. w. — Die Beiden wußten eben, daß sämtliche aus dem Gefängnis nach außen gesandte Briefe zuvor von den Richtern gelesen werden, deshalb die plumpe Verschleierung ihrer wahren Denkungsart.

Die Fürstin Bismarck ist am Dienstag früh 5 Uhr gestorben.

Ein Kulturbild. Bonn, 27. Novbr. Der Godesberger Raubmörder Lethen ist heute früh im hiesigen Gefängnis-hof durch den Schärfrichter Reindel guillotiniert worden.

Das Erdbeben in Italien dauert fort und zieht sich bis nach Oesterreich hinein. Es liegen folgende Nachrichten vor: Wien, 27. November. Nach einer Meldung der Blätter aus Trient wurde daselbst heute früh 6 Uhr 9 Minuten ein kurzer ziemlich heftiger Erdstoß verspürt. — Rom, 27. November. In Verona, Bologna und Brescia wurden heute früh um 6 Uhr 4 Minuten, bzw. 9 und 15 Minuten wellen-förmige Erdschütterungen verspürt. In Verona erfolgte zuerst eine starke Erschütterung von 4 Sekunden Dauer; daran schloß sich fast unmittelbar ein zweiter, aber leichter Erdstoß von zwei Sekunden Dauer. Das Erdbeben in Bologna war nur schwach, während dasjenige in Brescia stark war und von dampfen-dollen begleitet wurde. — Rom, 27. November. Neue Erd-erschütterungen sind in Reggio und Modugno verspürt worden. Unter der Bevölkerung herrscht fortdauernd unbefriedigliche Panik. Wegen des schlechten Wetters kann das Volk sich nicht auf den Feldern aufhalten, daher hat die Polizei gestattet, daß die alten Wohnungen wieder bezogen werden können.

Auffehen erregt in England die Verurteilung des Sohnes des ehemaligen Ministers Ferguson, welcher eine Gefängnis-strafe von 12 Monaten erhalten hat, weil er eine Schule, in welcher er studierte, in Brand steckte. Der Materialschaden be-trug 8000 Pfund. Der Verteidiger hob in seiner Rede hervor, daß man den Angeklagten wegen seines zerrütteten Nerven-zustandes nicht verurteilen könne.

Schiffungslück? Aus Philadelphia wird vom Mon-tag berichtet, daß der Dampfer der American Linie „Indiana“ bereits seit sechs Tagen überfällig ist. Der Dampfer „Calvin“ berichtet, er habe etwas südlich des Indiana-Kurfes ein Rettungs-schiff passiert, welches einem Floße der „Indiana“ glich.

Eine eigenartige Krankheit. Vor kurzem wurde in einer hiesigen Nervenklinik ein junger Mann vorgestellt, der an einer Krankheit leidet, die man Zweifelsucht nennt. Dieses Leiden bildet eine selbständige Krankheit. Der Patient berichtete, daß er, wenn er die Lampe beim Ausgehen ausgelöscht habe und auf der Straße sei, jedesmal von heftigem Zweifel gepackt werde, ob er die Lampe wirklich ausgelöscht habe oder nicht. Er muß dann jedesmal umkehren, um sich immer von neuem davon zu überzeugen. Dasselbe begegnet ihm auch bei den verschiedensten Verrichtungen des täglichen Lebens, unter anderem beim Brief-schreiben. Einen bereits verschlossenen Brief muß er immer wieder öffnen, da er in Unruhe vergeht, ob er nicht etwas Un-sinniges auf Papier geworfen habe. So Tag und Nacht von Zweifeln geplagt, kommt er sich vor wie ein gekehrtes Bild, das nirgends Ruhe noch Rast finden kann. Dieses Leiden ist schwer zu heilen, aber wohl zu bessern. Nach längerer Zeit geht es oft in ein anderes Stadium über. Die Kranken vergehen in Angst, wenn sie etwas berühren sollen, da sie glauben, daß ihnen dadurch Unheil widerfahren könnte. Dieses Leiden dauert zu-sammen mit der Zweifelsucht viele Jahre, bessert sich zu Zeiten, und nimmt dann wieder zu. Vollkommene Heilung ist selten.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die Sprechstunde für Rechtsangelegenheiten wird von 12 bis 1 Uhr abgehalten. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, die Einsendungen von Vereinen oder Klubs, welche in kopfotirten Lokalen tagen, zu unterlassen.

Dr. Wenn Naturheilvereine mit Vorliebe in Lokalen tagen, die Ringier verhängen, so kann dies schwerlich darauf zurück-geführt werden, daß die Naturheilanhänger kopfotirtes Bier als Naturheilmittel erachten.

D. Sch. Stellen Sie selbst Erkundigungen an Ort und Stelle an.

R. B. Haben Sie im Armenrecht geklagt, so ist der Rechts-anwalt nicht berechtigt, von Ihnen Gebühren zu verlangen, hat Ihnen vielmehr eine Ausfertigung des Scheidungsurtheils zu erwirken und dies (mit dem Attest der Rechtskraft) Ihnen zu übergeben. Verpflichtet hierzu ist der Anwalt I und II. Instanz. Die Rechtskraftbescheinigung wird in Ihrem Fall vor Ende Dezember schwerlich ertheilt werden.

Z. W. III, 500 B. G., M. 45, Stammtisch 1842: Ja.

Z. Die Fabrikation ihres Artikels müssen Sie anmelden.

A. L. 119. Hat Ihre Frau Sie ohne Grund verlassen und stellt das eheliche Leben nicht her, so liegt ein Ehescheidungs-grund vor, wenn Sie einen gerichtlichen Nachehrbefehl beim Gericht (Amtsgericht) erwirken und Ihre Frau demselben nicht Folge leistet.

C. N. 55. 1. und 4.: Ja. Die Klage mußte beim Amts-gericht angeklagt werden. Die Frage, ob die Klage zu Ihren Gunsten ausfallen wird, läßt sich unmöglich beantworten: Jede Klage ist in Deutschland in ihrem Ausfall zweifelhaft.

F. P. Entzieht darüber Streit, ob der Wirth mit Aus-nahme der im Gesetz ausdrücklich aufgeführten Gegenstände (ver-gleiche „Vorwärts“ vom 29. Juni) noch andere von seinem Pfan-drecht freilassen muß, weil diese Gegenstände unentbehrliche, so entscheidet über die Frage, ob es sich um unentbehrliche Gegenstände handelt, das Amtsgericht.

W. S. 1 und 2. Der Betrieb des Hufbeschlag-Gewerbes ist in Preußen von der Verbringung eines Prüfungszeugnisses abhängig. Das Nähere regelt das Gesetz vom 18. Juni 1884. Der Umstand, ob der Schmiedemeister einer In-nung angehört oder nicht, hat auf die Ertheilung der Befähigung keinen Einfluß. 3. Für den Bezirk einer Innung kann nach § 100a Gewerbeordnung durch die höheren Verwaltungsbehörden bestimmt werden, daß Nicht-innungsmeister Lehrlinge nicht annehmen dürfen.

M. W. C. 11. Gewiß hat das Dienstmädchen, dem 15 M. zur Aufbewahrung übergebenes Geld und der Lohn vor-enthalten wird, ein Recht, auf Zahlung des Lohnes und des auf-bewahrten Geldes zu klagen. Sie wird indes bei der Schwierig-keit für Diensthöten, das künftliche ihnen zustehende Recht zu er-streiten, sich an einen Anwalt zu wenden.

P. T. Ein Retentionsrecht stand dem Wirth zu; wie es scheint, können Sie noch jetzt Verufung gegen das Räumungs-urtheil mit Erfolg einlegen, wenn Sie nachweisen, daß die Wohnung unbrauchbar. Ersah für den vorsätzlich zer Schlageneu Spiegel können Sie vom Wirth beanspruchen.

Briefkasten der Expedition.

Ph. S. Walker, Mittelbuchen. Ihr eingesandter Betrag von 12,53 M. ist wie von Ihnen gewünscht, unter „Arbeiter-schutz“ 10.— M. und „Im Arbeiterschutz zu Mittelbuchen“ 2,53 M. in der Nr. 259 vom 6. November quittirt.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein:

- Sumter Kragelpartie 2,90. Durch Gräßner, Waldemarstr. 42, 2,70. Grapeure und Bifeteure 7,85. Berliner Bär 15.—. Statbrüder von C. Santh 7,60. Gefängnisverein „Freiheits-gruß“ und „Echo II“, Sommerfest bei Kelle, Schön-hausen Allee, 3. Rate 10,40. Von den Verbandsmitgliedern der Halle'schen Buchdruckerei, 2. Rate 15.—. Bierprosent, fünfte Rate, von den Arbeitern bei Voigt u. Cremer, Alte Jakobstr. 20, 7,80. Gürtler von O. Lundershausen 1,50. Von Rich. Goffow d. Gesangs. Bollerfrühling 1,50. Amer. Auktion eines Urwald-stammes bei J. Trjewik, Beußelstr. 50 9.—. Vom Familien-abend des Statklub „Treue Freundschaft“ bei Sehrendt 10.—. Am 17./11. im Kolberger Salon für einen Herren-Tanz durch Tanzlehrer Hartmann 3.—. Von einer Amerikanischen Auktion des Agitations-Klubs „Ofen“ 10,70. Adols-straße 2, gesammelt durch O. B. 2,20. G. v. B. 2.—. Ueber-schuß von ringfreiem Bier, Spandauerstr. 30, 2. Hof, 18 Woche 4.—. Alte Verbödnung 2.—. Schwimverein „Nord“, amerikanische Auktion 2.—. Gildesheim durch Fr. Krebs 41,95. Gesammelt auf einer rothen Hochzeit in Adlershof 1,80. Pots-damer Tonne 1,50. Gef. bei der Feier eines wiedergesundenen Ueberziehers 2,10. Ueberschuß, 5. Wahlkreis 50.—. Dänische Geburtstagsfeier, Prinzenstr. 16, 3,60. Gefängnisverein Borag 8.—. M. S. Canabrick 1.—. Von einer Geburts-tags-feier von 7 rothen Handschuhmachern und Bandagisten. Amerik. Auktion Fr. Frankfurterstr. 82 B. Schlüsse 6,40. Amerik. Auktion bei der Geburtstagsfeier des Gen. Ruhl: Andre Ghornerstr. 53 13,45. Auf einer Hochzeit gesammelt durch Langer 2,25. Tischlerei von Schulz, Brenzlauer-Allee 26 5.—. Auf Redakteur-hochzeit durch G. Rood gesammelt 9,26. Vergnügungsverein Nordwacht durch Tanzlehrer Remandowski 4,05. Ordner der Freien Volksbühne beim Regeln 2,25. Unter 5,50. Andreas A. 8,50. Amerik. Auktion bei Herrn König, Bollinerstr. 47, 2,25. Amerik. Auktion, veranstaltet von Giesebodt, Ritterstraße, Café Krieg, 6,16. Freie Vereinigung der Bau- und gewerbli. Hilfsarbeiter Rixdorf und Umgegend 5.—. Mehrere Maler 2,20. Tischlerei von Stühr, Dresdenerstr. 35, Bier-prozente 9,20 M.

Summa 307,27 M. Bereits quittirt 17 772,29; in Summa 18 079,56 M.

Für die streikenden Metallarbeiter in Gütrow gingen ein 2,70 M.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierbojkotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Bojkott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinnen ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Bojkott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Bojkott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Bojkotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh angenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Bojkott!

Die Boykott-Kommission.

Bojkottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wichelndorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlößchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Joh. May Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a, Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Böhmisches Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlößchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Erimenänderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 38.
- Brauerei Tanz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spiekermann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Bojkottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

- Aktien-Brauerei Friedrichshagen, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Pagenhofer, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
- Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
- Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Bodbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Union-Brauerei, Berlin.
- Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
- Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
- Brauerei Julius Böhme, Berlin.
- Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
- Brauerei Gambrius, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
- Brauerei Carl Gregor, Berlin.
- Brauerei F. Happoldt, Berlin.
- Brauerei Königstadt, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Brauerei Pfefferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
- Brauerei A. Werm, Berlin.
- Bürgerliche Brauerei, Berlin.
- Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
- C. Habel's Brauerei, Berlin.
- Gebrüder Josty, Berlin.
- Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Schultze's Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
- degl. Abth. II Tivoli.
- Brauerei Schweizergarten, Berlin.
- Spanauerberg-Brauerei, vorm. C. Bachmann, Westend bei Charlottenburg.
- Bereinsbrauerei Rixdorf.
- Berücks- und Lehrbrauerei, Berlin.
- Viktoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Germania-Brauerei, David u. Martin, Berlin.
- Brauerei Stralau.

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht.

Nach dreitägiger unbeschränkter (N) Lehrzeit lehre gründlich, billig Damen jeden Standes Handschüren, Perlen, Perlplattsch, Füllperlen, Vortenderperlen, Seidenstickerei, Mahlergeigen und Bausen. Wochenverdienst bis 20 M. Angenehme und saubere Arbeit. Eosortige dauernde Beschäftigung. — Frau Schiedanz, Erstes Lehrinstitut für Konfektionsstickerei. — Dies war der Köder, ausgebreitet im Inseratenteil des „Berliner Lokal-Anzeiger“, welcher sie anbot: Die „Damen“ aus der Kleinbourgeoisie, die sich gern ein Ratselgeld verdienen mochten, und die Proletarierinnen, die glaubten, hier eine Existenz zu finden. Zur ersten Geltung gehörte eine Frau Wolter, welche die sonderbare Meinung hegte, für ihr Geld müsse sie in der angegebenen Zeit thätig etwas lernen, und die, weil sie nicht lernte, auf Rückzahlung des Lehrgeldes klagte. Sie hatte 12 M. geopfert, und die wollte sie wieder haben. Die Kammer II. unter Assessor von Schulz hatte am 28. November über den Anspruch zu befinden. Die Klägerin behauptete, Beklagte habe ihr in Aussicht gestellt, sie würde in der ersten Zeit nach Beendigung der Lehre gleich 10 M. verdienen. Sie habe es jedoch nach achtstägiger Uebung bei ausgebeuteter Arbeitszeit auf nicht mehr wie 35 Pfennige den Tag gebracht. Die Klägerin vertraute hierauf dem Vorstehenden obige Annonce an, welcher nun der guten Frau Schiedanz freundliche Ermahnungen zu theil werden ließ, insbesondere die, doch in Zukunft ihre Anzeigen etwas präziser zu fassen. Hauptächlich erregte die Vorthellung „dreitägige unbeschränkte Lehrzeit“ und der Hinweis auf den vorausgesetzlichen Verdienst von 20 M. heftiges Kopfschütteln auf Seiten der Richter. Frau Schiedanz erklärte denselben indeß das „Wie und Wo“, indem sie bemerkte, eine der angeführten Fertigkeiten lerne man eventuell schon in einem Tage, die Damen wußten aber alle, daß die Lehrzeit vierzehn Tage dauern würde und daß sie sich dann erst einarbeiten müßten. Sie selbst könne nicht dafür, daß eine oder die andere eine „schwere Hand“ habe, wie zum Beispiel die Klägerin. Diese hielt ihrer Lehrmeisterin entgegen, daß gerade letztere noch ein paar Tagen bereits ihre leichte Hand gerührt hätte, was natürlich Frau Schiedanz nicht mehr wahr haben wollte. Dem eindringlichen Zureden des Assessors von Schulz gelang es, einen Vergleich zu Stande zu bringen; Frau Schiedanz zahlte 9 M. an Frau Wolter zurück. — Zum Schluß sei noch festgesetzt, daß nach dem „Konfessionär“ kein Mensch in acht Tagen die Perl- und Plattstickerei erlernt und daß der Wochenverdienst der Frauen, die sie betreiben, inapp 8 Mark beträgt. Nur sehr geübte Stickerinnen sollen bei vierzehnstündiger Arbeitszeit in kaum zehn Mark kommen. — Das „erste Lehrinstitut für Konfektionsstickerei“ der Frau Schiedanz befindet sich jetzt Anklamer- und Hiondlichstraße 11-Gde; früher war es in der Oberbergerstraße.

Wegen Unterschlagung von Geldern einer Orts-Krankenkasse wurde gestern der Rentant Schleifer vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte ist von der Orts-Krankenkasse der Böttcher zum Rentanten gewählt worden und untersteht als solcher der Oberaufsicht des Magistrats. Im Juli d. J. wurde seine Kassensführung einer unvermutheten Revision unterzogen und der damit betraute Magistratekretär stellte bei der Kassenausschüttung fest, daß eine Summe von 200 M. fehlte. Der Angeklagte erklärte dies Fehlen ganz harmlos damit, daß er das Geld zur Bezahlung eines Wechsels verwendet habe, es aber schon am nächsten Tage wieder in die Kasse legen werde. Als der Magistratsbeamte am nächsten Tage wiederkam, war die fehlende Summe in der That vorhanden, der Angeklagte hatte sich diese aber nur von einem Verwandten geliehen, denn nach drei Tagen fehlte das Geld schon wieder. Der Angeklagte, dem inzwischen die Kasse abgenommen worden ist, scheint, wie aus seinen Aeußerungen im Termin hervorging, in solcher vorübergehenden Verwendung von Kassengeldern zu Privatweden irgend etwas Anstößiges gar nicht zu finden und war sehr überrascht, als der Staatsanwalt 4 Wochen Gefängnis beantragte. Der Gerichtshof ging über diesen Antrag noch hinaus, er erwog, daß eine derartige mißbräuchliche Verwendung von Kassengeldern leider immer mehr überhand nehme und meinte, daß es notwendig sei, durch nachdrückliche Strafen diesem Unwesen zu steuern. Aus diesem Grunde wurde der Angeklagte, der über seine Kassensführung ein belobigendes Zeugniß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beibrachte, zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Jetzt ist auch der Käse in die Reihe der verfälschten Nahrungsmittel getreten. Die Gerichtschreiber Dr. Bischoff gestern vor der 133. Abtheilung des Schöffengerichts erklärte, sei der vorliegende Fall der erste, der zur Kenntniß des Gerichts gelangte, es würden aber noch verschiedene andere nachfolgen. Der auf der Ankagebank befindliche Kaufmann Johann Ull hatte geständig Limburger Käse verkauft, den er von der Firma Mohr in Ottensen bezogen hatte und von dem er wußte, daß derselbe mit Margarine versetzt war. Dr. Bischoff begutachtete, daß der fragliche Käse aus 60 pSt. Margarine und 40 pSt. Milchseife hergestellt sei. Die Bereitung sei eine sehr einfache. Margarmilch werde mit geschmolzener Margarine vermischt und verläßt. Die Frage des Verteidigers, ob nicht auch die aus Frankreich eingeführten Käse, wie „Camembert“, „Fromage de Brie“ u. s. w. mit Margarine versetzt seien, beantwortete der Sachverständige dahin, daß ihm dies bisher nicht bekannt sei, er werde es sich aber angelegen sein lassen, jeha Untersuchung auch auf diese Käseforten auszudehnen. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er im Butter- und Käsegeschäft vollständig Laie sei, er habe es nur einige Monate besessen und es dann wieder abgegeben, weil er sich in der kurzen Zeit bereits zwei Anklagen wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zugezogen habe. Der Gerichtshof erkannte unter Berücksichtigung dieses Umstandes nur auf 10 M. Geldstrafe, während der Staatsanwalt 50 M. beantragt hatte.

Aus einer Handlung der Selbsthilfe, welche von den Tischlergesellen Richter, Dähner und Weberky begangen wurde, hat sich gegen dieselben eine Anklage wegen Verletzung einer gepfändeten Sache herausgebildet, welche gestern vor dem Schöffengericht gegen sie verhandelt wurde. Die drei Angeklagten fanden bei dem Tischlermeister B. in Neu-Weißensee in Arbeit. Es haperte bisweilen mit der Lohnzahlung. An einem Sonnabende im August d. J. warteten die Angeklagten wieder vergeblich auf das Eintreffen des Arbeitgebers. Sie befürchteten, um ihren Lohn zu kommen und als der Meister selbst nach Eintritt der Dunkelheit nicht erschienen war, nahmen die Angeklagten zwei Hobelbänke und brachten sie nach der Wohnung des Bedienten. Hier sahen sie, daß die beiden Hobelbänke an der Rückseite mit je einer Pfändungsmarke versehen waren. Sie gingen zum Amtsvorsteher und fragten, wie sie sich zu verhalten hätten. Sie erhielten den Auftrag, die Bänke wieder zurückzubringen, was auch geschah. In der Entfernung der gepfändeten Sachen erblidete die Anklagebehörde die Verletzung. Im Termine führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Sachs, aus, daß von einem widerrechtlichen Bewußtsein der Angeklagten keine Rede sein könne. Dieser Ansicht trat der Gerichtshof bei, weshalb ein preisprechendes Urtheil gefällt wurde.

Vom Ober-Verwaltungsgericht. Der Gastwirth Bredensfelder besitzt in der Ziegelstr. 2 eines jener „Konfessionsinstitute“, in denen Speisen und Getränke von jarter Hand liebebedürftigen Jünglingen und Greisen kredenzet werden, während eine Sangesinnigen-Schaar ihnen ledernen Obrenschmaus bietet. In dem „Konfessionsaal“ befinden sich sogenannte Bogen, geschaffen durch Aufstellung von Koulißen, wo nach dem Gesang die Schönen im trauten tête-à-tête mit besonders goldgeglanzten Lebemannern ein erfolgreiches Stündchen erleben. Die holländischen Oertchen gefallen aber der Polizei nicht, sie scheinen ihr Ordnung und Sittlichkeit zu gefährden, weshalb sie die Entfernung der Bogen verlangte. Nach einer Verordnung vom 27. Juli 1892 sind thätig solche Schlupfwinkel in Kellerinnenanbauten verboten. Bredensfelder beschwerte sich beim Oberpräsidenten, indem er geltend machte, es gäbe viele Gastwirths zc., die solche Koulißen verwendeten. Der Oberpräsident wies die Beschwerde zurück. Mit einer Klage gegen diesen hatte Br. beim Ober-Verwaltungsgericht auch keinen Erfolg, der vierte Senat wies ihn am 24. November ab. — Dem Kläger wurde durch den Rechtsanwalt Leopold Meier, der seine Vertretung übernommen hatte, recht übel mitgespielt. Der vielbeschäftigte und in Gastwirthskreisen sehr beliebte Herr Meier hatte nicht Zeit, den Termin in eigener Person wahrzunehmen, Anstatt nun, wie er es sonst oft thut, einen anderen Anwalt mit seiner Vertretung zu betrauen, schickte er einen jungen Referendar, der noch gar keine Erlaubniß besaß, Anwälte zu vertreten. Der Senatvorsitzende gerieth darüber in Erregung und drohte, die Sache dem Kammergerichts-Präsidenten mitzutheilen. Der Referendar verzichtete auf die Vertretung Meier's und eisernits sich. Bredensfelder war somit im Termin gar nicht vertreten.

Zu hundert Mark Geldstrafe wurde vom Schöffengericht Stuttgart der Redakteur Geiger von der „Schwäbischen Tagwacht“ verurtheilt, wegen Verleumdung eines Reutlinger Fabrikanten; es wurde demselben Steuerdefraudation vor-

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Briefnummer (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.
Fran Goetz hat, wie wir hiermit bekräftigen, noch niemals eine Anfrage an den „Vorwärts“ gerichtet.
A. S. Im letzten Jahrgang der „Neuen Zeit“ finden Sie eine Besprechung über Lombroso.
H. M. Gesundene Sachen können Eigentum des Finders erst werden, wenn auf Antrag des Finders ein gerichtliches Aufgebotsverfahren stattgefunden hat.
Thunelida 24. Sie müssen sich an den Kirchenvorstand wenden.
H. S. 14. Vor Eingehung einer zweiten Ehe müssen Sie sich mit Ihrem Kinde aus erster Ehe auseinandersetzen. Den Antrag stellen Sie beim Vormundschaftsgericht.

D. N. J. 1. Ja, falls der Vater über 50 Jahre. 2. Bei dem Amtsgericht ist der Antrag auf Adoption zu stellen.
10218. Eine dahingehende gesetzliche Bestimmung besteht nicht.
H. R. 32. Sie können Bestrafung des Denunzianten wegen wissentlich falscher Anzeige bei der Staatsanwaltschaft beantragen — aber thun Sie nicht besser, die Sache ruhen zu lassen? Wer Pech anfaßt, teufelt sich.
Seib, G. W. Konditor, Ja.
Schwarzfeldt, 1. Im „Vorwärts“ vom 29. Juni finden Sie Umfang und Tragweite der Mietbeschränkung ausführlich besprochen. 2. Die nachträgliche Genehmigung genügt.
H. S. 2. 100. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor.
M. G. Legitimation oder Adoption: wenden Sie sich an das Amtsgericht.

St. i. B. 1. und 2. Solch Erkenntnis existiert nicht.
3. Als Verleumdung können außer Rechtsanwälten auf Antrag auch andere Personen durch Gerichtsbefehl zugelassen werden.
4. Die Strafrechtordnung können Sie ebenso wie jedes andere Buch durch eine Parteibuchhandlung beziehen. Die Bestimmungen über Ablehnung finden Sie §§ 20 ff. 5. Briefverkehr mit einem fleckoriellich Verfolgten ist nicht strafbar.
Fr. 1. 1. Das an der Invalidenstrasse und Lehrterstrasse belegene Gebäude ist ein Zuchthaus. Der offizielle Name lautet: Strafanstalt Moabit. 2. Die Einrichtung der Reichsbank ist durch das Reichsbankgesetz geregelt.
M. S. 9. 1. Die Nichtempfehlung des Vertrags ist allerdings mit Geldstrafe strafbar, ändert aber an der Gültigkeit des Vertrags nichts. 2. Stellen Sie die Klage durch einen Anwalt an.
Muskau 100. Legen Sie nochmals Beschwerde ein. Event. müßte dann Klage erhoben werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Mittwoch, den 28. November.
Spernhaus. Hänsel und Gretel. Garne-L.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches Theater. Die Weber.
Perli-er Theater. Die Karlsrufer.
Lesung-Theater. Zwei Wappen.
Schiller Theater. Hans Sachs. Burg-rüne.
Friedrich-Wilhelms-Büdi. Theater. Die Fledermaus.
Residenz-Theater. Der Unter-präsident. Vorber: Villa Villiebäden.
Arnes Theater. Das neue Stück.
Theater Unter den Linden. Jobata.
Schalliancer-Theater. König Krause.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.
Alexanderplatz-Theater. Die Grille.
National-Theater. Der Tod als Pathe.
Reichshalletheater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Santmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater
Charley's Tante.
 Schwant in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorber:
Die ewige Braut.
 Piederpiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstätt und J. Kron.
 In Scene gesetzt von Ad. Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
 Alte Jakobstraße Nr. 30.
 Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. G.
Nana Baders. Josefine Dora.
 Zum 89. Male:
O, diese Berliner!
 Große Posse mit Gesang und Tanz.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: O! diese Berliner.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
 Die Hegenhantel, neueste Illusion.

Circus Renz
 Carlstrasse.
 Mittwoch, 28. November 1894,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
 Nene Musikinstrumente in den senat. Tängen les grolots vivants und jeu des darblions.
 Außerdem: Der sprechende Degenh Blondel und Monstre-Tableau von 60 Pfardon, vorgef. vom Dir. Fr. Renz. Colmar, ger. von Herrn Ernst Renz. Beaufund und das Springsperd Blitz, geritten von Frau Renz-Stark. Mr. Clark als Jockey. Der sensationelle Handequilibrist Mr. Jules Keller, gen. America's human enigma. Die beliebteste Klowns Gehr. Villand ic.
 Donnerstag: Tjo Ni En.
 Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.
 Friedrich Karl-Ufer.
 Täglich Abends 7 1/2 Uhr:
Texas Jack's American Prairie Life-Show.
 Illustrationen aus dem Amerikan. Plantagen- und Prairieleben.
 (Näheres die Tageszettel.)

Orts-Frankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge.
 Am Donnerstag, den 6. Dezember d. J. findet in Schmiedel's Geschäft, Alte Jakobstr. 32, eine ordentliche Generalversammlung der Delegierten statt mit der Tages-Ordnung:
 1. Neuwahl dreier Vorstandsmitglieder und zwar eines Arbeitgebers, eines männlichen und eines weiblichen Kassenmitgliedes gemäß §§ 57, 58 und 59 des Statuts.
 2. Wahl eines Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 154/10
 Die Wahlen zum Vorstand finden in getrennter Wahlversammlung für die Arbeitgeber-Delegierten um 8 Uhr Abends, für die Kassenmitglieder-Delegierten um 9 Uhr Abends statt.
 Nach Erledigung der Wahlen wird in gemeinschaftlicher Sitzung über Punkt 2 der Tagesordnung beraten.
 Berlin, 26. November 1894.
Orts-Frankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge.
 Der Vorstand.
M. Jastrow, E. Mohr.
 Monatsl. 10 M. liefert
Zahlung. Anzugs nach Maass
 Compowoski, Säuerdewerfer,
 Berlin O, Jüdenstr. 87 L.

Dem Sangesbruder A. Selge. Die herzlichste Gratulation zu seinem Wiederkommen. 1299b
 Der Sangesverein der Kupferschmiede, R. d. N.-S. (1. Tenor).
 Statt jeder besonderen Meldung die Geburt einer Tochter zeigen hocherfreut an Reichsanwalt Dr. Maria Reichs 1892b und Frau.

Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern des Unterstufungsvereins deutscher Hutmacher (Filiale Berlin) zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Benicke** gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittags 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Zwölf-Apostel-Kirchbois aus statt. 148/7
 Um zahlreiche Theilnahme ersucht
 Der Vorstand.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege der Gärtler Franz Tierke am Montag, den 26. d. M., Mittag 1 Uhr, nach kurzer Krankheit verstorben ist. Sein biederer und aufrichtiger Charakter sichert ihm bei uns ein autes Andenken. 1295b
 Die Kollegen der Broncewaren-Fabrik von Nielbock & Hess.

Sargmagazin u. Beer-digungs-komtoir
 Schuhmacher, Ewigenmünderstr. 140.

Orts-Frankenkasse des Gewerbes der Lackirer zu Berlin.
Bekanntmachung.
 Ober-Präsident in der Provinz Brandenburg.
 O. P. Nr. 15 461.
 Potsdam, den 17. Nov. 1894.

Zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Orts-Frankenkasse des Gewerbes der Lackirer ist eine schnelle Vermehrung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben erforderlich. Gemäß § 33 Absatz 4 des Kranken-Versicherungsgesetzes bestimme ich daher auf Antrag der Aufsichtsbekörde, daß vom 26. d. M. ab die wöchentlichen Kassenbeiträge
 1. für erwachsene männliche Kassenmitglieder über 16 Jahre ausschließlich der Lehrlinge 0,80 M.,
 2. für erwachsene weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahre 0,30 M.,
 3. für männliche Kassenmitglieder unter 16 (zwischen 14 und 16) Jahren und für Lehrlinge 0,30 M.,
 4. für weibliche Kassenmitglieder unter 16 (zwischen 14 und 16) Jahren 0,21 M.
 zu betragen haben und die Kassenleistungen auf das gesetzliche Mindestmaß herabgesetzt werden.
 Der Oberpräsident, Staatsminister.
 gez. Achenbach.
 Obige Verfügung bringt der Vorstand zur Kenntnis der Mitglieder.
 Ann. des Vorstandes: Ein Druckexemplar dieser Verfügung wird den Mitgliedern zugehelt. 162/8
Der Vorstand.
 J. V.: G. Müller, Vorsitzender.

Orts-Frankenkasse der Drechsler etc.
 Sonntag, den 2. Dezember, Vormittags 9 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20:
Generalversammlung d. Vertreter.
 Neuwahl für 3 Vorstandmitglieder.
 Um 10 1/2 Uhr:
Generalversammlung sämtlicher Vertreter.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl eines Rechnungsausschusses pro 1894. 2. Kassenbericht und Beschlußfassung über die Erneuerung des Kontraks mit den freig. Kassenzisten pro 1895. 3. Bericht zum Beitritt eines Verbands nach § 46 des Gesetzes. 4. Die Vertreterwahl pro 1895. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.
 D. Deininger, Vorsitzender.

Jede Nähmaschine
 prima Qualität, liefert unter den günstigsten Bedingungen. Eigene Reparaturwerkstatt sämtlicher Systeme. Prinzip: Reell, billig und schnell. Empfehle mich Freunden u. Genossen.
W. Maacke, Schwedlerstraße 51.
 Frau Laden!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 48a:
Grosse Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen Dr. Pinn.

Freie Volksbühne.
 Spielplan für den Monat Dezember.
 II. Serie (National-Theater).
 151. Vorstellung: Sonntag, den 2. Dezember, 7. Abtheilung.
 Zur Ausführung gelangt: **Der Fibervik.**
 III. Serie (Lesing-Theater).
 152. Vorstellung: Sonntag, den 2. Dezember, 3. Vorstellung.
 153. " " " " 9. " 4. " "
 154. " " " " 16. " 5. " "
 155. " " " " 23. " 6. " "
 157. " " " " " " " "
 159. Vorstellung: Dienstag, 25. Dezbr. (1. Weihnachtstfeiertag) 7. Abtheilung.
 Zur Ausführung gelangt:
Die Stützen der Gesellschaft.
 IV. Serie (National-Theater).
 154. Vorstellung: Sonntag, den 9. Dezember, 1. Abtheilung.
 156. " " " " 16. " 2. " "
 158. " " " " 23. " 3. " "
 160. Vorstellung: Dienstag, 25. Dezbr. (1. Weihnachtstfeiertag) 4. Abtheilung.
 161. Vorstellung: Sonntag, den 30. Dezember, 5. Abtheilung.
 Zur Ausführung gelangt:
Hildegard Scholl.

Schauspiel in 3 Akten von Westenberger und Croissant.
 Mitwirkende: Klara Brucker, Anna Rochow, Mathilde Arco, Max Samst, Leo Steinhilber, Julius Wossels.
 Da im Monat Dezember einige Abtheilungen zwei Aufführungen bekommen, so werden die Mitglieder dringend gebeten, diesen Spielplan auszusuchen und sich die Daten genau zu merken, an denen Vorstellungen ihrer Abtheilungen stattfinden.
 Mitglieder für die VII. Abtheilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen.
 Im Theater wird von nun an nur die Zeitschrift „Die Volksbühne“ verkauft; Legtbücher sind in den Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 291/5 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Achtung! Schmiede. Achtung!
 Freitag, 30. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Fiebig, Gr. Frankfurterstr. 28:
Große öffentliche Versammlung mit Frauen
 der Schmiede Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Bebel über: Arbeiterorganisation und soziale Gesetzgebung. 230/4
 Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
 der
allgem. Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen für Berlin und Umgegend
 am Donnerstag, 29. November, Abends 9 Uhr, im Lokal Kolbergerstr. 23
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: Kapital und Arbeit und die Zustände in der Schokoladenfabrik von Theodor Hildebrandt und Söhne, Pankstrasse 13. Neierat H. Jahn 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 69/18
 Zur Leitung der Anstosien findet Versammlung statt.
 Nicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es zu erscheinen; ganz besonders sind die Arbeiter und Arbeiterinnen von Hildebrandt & Söhne hierzu eingeladen.
Der Vertrauensmann: O. Schüller, Treckowstr. 30.

Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64
 in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reellste Einkäufe zu unterstützen.
 11021.
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Kinderwagen
 Max Binner, Jerusalemstr. 42 am Dönhofsplatz. Braunesstr. 6.
 Großartiger Weihnacht-Ansverkauf in Puppenwagen v. 1,75 M. an. Sportwagen, Kinderwagen, zurückgef. Muster, außerord. ermäßig.

Armin-Hallen
 Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
 von 20-600 Personen.
 Alte angen. Winterüberzieher verkauft von 10 M. an Pfeiffer, Schneidewitzstr. 75, Hof part. 1808b
Stempel Vereins-Abzeichen etc. H. Guttman, Brunnenstr. 9.

